wildcat-zirkular

Nr.54
November 1999
5 DM

Infoladen
Koburger Str. 3, 04277 Leipzig
Tel. 0341/3 02 65 04
Fax 0341/3 02 65 03

„A global era requires global engagement“

Australischer Soldat in Dili, Osttimor, Sept.99

Inhalt:

Osttimor 8

Brief aus Thailand 28

Buchtip: 31
Klassenkampf in einer Zeit der Wirtschaftskrise

Gewerkschaft und Zeitarbeit 34

Leserbrief: 37
Kritik der Beilage Zirkular 52/53

Kritik am *Manifest gegen die Arbeit* 43

Kontakte:

Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin - jaa@wildber.aball.de

Shiraz e.V., Postfach 30 12 06, 50782 Köln - wildcat@link-lev.de

Freunde der guten Zeit, c/oWildcat, Postfach 306 325, 20327 Hamburg

Welt in Umwälzung, Mannheim-Ludwigshafen, suba@wildcat.rhein-neckar.de, http://www.rhein-neckar.de/~wildcat/ Tel:0621/65 77 46

Neue Abo-Adresse:

Wer an der Diskussion teilnehmen will, soll das Zirkular abonnieren. Einzelexemplar 5 DM, 6 Ausgaben 30 DM
Schriftliche Bestellungen an Shiraz e.V., Köln
Überweisungen an Shiraz e.V., Kto.-Nr. 7064-509, Postbank Köln, BLZ 370 100 50.

V.i.S.d.P.: P.Müller

Anstatt eines Editorials:

The World at Gunpoint

„A global era requires global engagement. (Ein globales Zeitalter braucht globales Engagement)", sagte Generalsekretär Annan bei seinem Jahresbericht (20.9.99) an die UN-Generalversammlung. Und wo wird dieses Engagement benötigt? *„Von Sierra Leone bis Sudan bis Angola bis zum Balkan bis Kambodscha und Afghanistan gibt es eine große Zahl Völker, die von der internationalen Gemeinschaft mehr brauchen als bloß Worte des Mitleids.*" Damit Mitleid erst gar nicht nötig ist, schlägt er vor: *„Wenn wir die Zukunft der Intervention betrachten, müssen wir unsere Bemühungen verdoppeln, unsere Vorbeugungsmaßnahmen zu erweitern - einschließlich Frühwarnungen, Präventivdiplomatie, präventive Stationierung und präventive Entwaffnung."*

Vor dem selben Gremium (22.9.99) schließt sich Kriegsaußenminister Fischer den Drohungen an: *„Generalsekretär Kofi Annan hat zu Recht dazu aufgerufen, eine ‚Kultur der Prävention' zu entwickeln, um den Ausbruch von Kriegen und Naturkatastrophen künftig wirksamer zu verhindern. ... Die Nichteinmischung in ‚innere Angelegenheiten' darf nicht länger als Schutzschild für Diktatoren und Mörder mißbraucht werden. ... Peacekeeping-Operationen müssen bereits im Vorfeld von Konflikten stattfinden. ... Die Festsetzung Pinochets und die Anklage Milosevics vor dem Internationalen Jugoslawien-Tribunal sind Meilensteine auf dem Weg zur weltweiten Herrschaft des Rechts.*" Kriege und Naturkatastrophen, zum Intervenieren sind alle Anlässe recht, in seiner Rede nennt er u.a.: Bürgerkriege, ethnische Spannungen, Pogrome, Massenvertreibung, Massenmord, Völkermord, Umweltzerstörung. Und wenns die nicht gibt, kann man immer noch präventiv eingreifen. Daß das der Heimatfront möglicherweise nicht so leicht unterzujubeln ist, sieht er selbst: *„Jeder weiß, wie schwierig der Übergang von der ‚Kultur der Reaktion' zu einer ‚Kultur der Prävention' sein wird. Es verlangt große Überzeugungskraft, um die politische und ökonomische Bereitschaft für Maßnahmen aufzubringen, die etwas verhindern sollen, was es hoffentlich niemals geben wird."*

Und wer soll sich an der *weltweiten Herrschaft des Recht* beteiligen? *„Antworten auf die großen Weltprobleme zu finden, wird im Rahmen der klassischen Nationalstaaten nicht mehr möglich sein, sondern nur in einer gestärkten*

internationalen Struktur und mit einem Machttransfer auf internationale Organisationen, an ihrer Spitze die Vereinten Nationen, einer Transformation von klassischer Macht in Recht, einem Interessenausgleich und einer Zivilisierung des internationalen politischen Systems bei immer stärkerer Einbindung von zivilgesellschaftlichen Akteuren und ***Wirtschaftsunternehmen****. ... Ich unterstütze den Vorschlag von GS Kofi Annan, im Rahmen einer public-private partnership zwischen den VN und* ***großen Unternehmen*** *einen globalen Pakt über gemeinsame Werte und Grundsätze abzuschließen, die dem Gesetz des Marktes ein menschliches Gesicht geben.*" (Hervorhebungen von mir) Ja genau, bei den Wirtschaftsunternehmen ist die *weltweite Herrschaft des Rechts* bestens aufgehoben, bekannte Beispiele dafür sind Shell in Nigeria, BP, die sich in Kolumbien gleich eine Privatarmee leistet, Rio Tinto auf Irian Jaya ... die Aufzählung soll nicht den Eindruck erwecken, als gehe es jenseits der Multis irgendwie menschenfreundlicher zu. Egal ob Global Player oder einheimische Klitsche, an der weltweiten Herrschaft des Rechts auf ungestörte Ausbeutung sind alle gleichermaßen interessiert.

Die Bitten der Welt, dieses Recht möge durchgesetzt werden, stoßen beim Minister auf anderthalb nicht-taube Ohren: „*Wie Sie wissen, hat Deutschland schon länger seine Bereitschaft erklärt, in diesem Zusammenhang dauerhaft mehr Verantwortung zu übernehmen. Hieran halten wir uneingeschränkt fest. ... Die Vereinten Nationen und ihre Mitglieder können sich darauf verlassen, daß sie bei den Bemühungen um eine Stärkung der UNO keinen verläßlicheren Verbündeten haben werden als die Deutschen.*" Ein bißle großmäulig, schon der Einsatz im Kosovo streßt die Bundeswehr total. Für Osttimor können gerade noch 100 Sanitäter bereitgestellt werden. Nichtsdestotrotz droht er beim russischen Kriegsaußenminister Iwanow wieder mit dem Knüppel „*Humanitäre Katastrophe*", wg. Tschetschenien (15.10.99). Der kontert: „*Kampf gegen den internationalen Terrorismus*". Das Argument hat er wohl second-hand als Entwicklungshilfe aus den USA gekriegt, weil es dort, wegen der peinlichen Angelegenheit mit der sudanesischen Arzneimittelfabrik, nicht mehr so gut kommt. In Rußland reicht Propaganda allein aber nicht aus, dort mußten erst mehrere Wohnhäuser in die Luft gejagt werden, um die Bevölkerung auf einen neuen Tschetschenienkrieg einzustimmen.

Es gibt weitere Mitbewerber darum, wer am eifrigsten die *weltweite Herrschaft des Rechts* durchsetzt. Der australische Premierminister Howard hat für Australien die Rolle des Hilfssheriffs der USA in Asien beansprucht. In einem Zeitschriften-

interview wies er darauf hin, daß Australien dafür deshalb so geeignet sei, weil es einerseits vor Ort liegt, andererseits *„eine europäische, westliche Zivilistation mit starken Verbindungen nach Nordamerika"* sei.

Daß für die finsteren Pläne der Weltherrscher militärisches Eingreifen immer notwendiger erscheint, zeigt wie sehr die Verhältnisse unter Druck stehen. Sollen diese Gestalten ruhig schwätzen. Zwischen der Absicht, die Welt nach den Bedürfnissen von Arbeit und Ausbeutung zu ordnen, und deren Realisierung liegen enorme Schwierigkeiten. Krisen- und Konfliktherde ohne Ende. Zusätzlich zu den Genannten, fallen mir ohne Nachdenken ein: Irak, Kolumbien, die Dauerbrenner Sri Lanka, Kaschmir, Burma. Die verzweifelten Versuche, die Hot-Spots militärisch (egal ob per internationaler Intervention, einheimischem Militär oder Aufstandsbekämpfungseinheiten) in den Griff zu kriegen, ähneln mehr und mehr dem Versuch, das Loch im Damm mit dem Daumen zu stopfen. Bezüglich der militärischen Effektivität hat die NATO bei der Bombardierung Jugoslawiens nicht gut ausgesehen, und nicht nur bei der Bundeswehr ist so ziemlich die Luft raus. Auch die Briten haben signalisiert, daß sie jetzt erst mal kürzer treten wollen, weil bedeutende Kräfte im Kosovo gebunden sind. Beruhigend ist das leider nicht. Schon zweimal hat es in diesem Jahrhundert wegen der für das Kapital blockierten Situation Weltkriege gegeben. Kein Wunder, daß die USA nicht auf ihre Atomwaffentests verzichten wollen.

Die Freunde der Zivilgesellschaft haben ebenfalls Interesse an einer *weltweiten Herrschaft des Recht.* Zu Anhängern der *„famosen Menschenrechte..., die nur das Recht auf kapitalistische Ausbeutung sind," (Lafargue)* werden in Zeiten der Klassenkampfflaute auch Linke, keineswegs nur hierzulande *(s.Brief aus Thailand).* Viele holen im Kopf nach, daß sie in ihrer Lebensführung den Frieden mit dem System geschlossen haben: als Wissenschaftler, Betriebsräte, Vertrauensleute, Rechtsanwälte, Politkünstler, Zeitungsleute, Mitarbeiter von NGOs, Hilfsorganisationen oder Beratungsstellen ... (wer nicht zu dieser Freakshow gehört, ist zwar auch nicht gefeit, neigen meiner Erfahrung nach aber eher zum Privatisieren/Sucht/Selbstmord/Wahnsinn, als dazu, direkt die Seite zu wechseln.) Mal abgesehen davon, daß die von den Freunden der Zivilgesellschaft favorisierte Variante des Kapitalismus eigene Schrecken beinhaltet, ist der humanitäre Kapitalismus genauso unmöglich wie der humanitäre Krieg. Die Zivilgesellschaft hätte so gerne mehr das demokratische und gutbürgerliche an der Diktatur der Bourgeoisie: Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit, freie

Gewerkschaften, Wohlfahrtsstaat ... Dieses Zuckerbrot ist jedoch nicht von der Peitsche zu trennen. Und immer wieder beweisen die Freunde der Zivilgesellschaft, daß sie bereit sind, die Peitsche zu billigen: Zensur? Kein Problem, wenns gegen Kinderpornographie oder Rechtsradikale ist. Razzien? Kein Problem, wenns gegen das organisierte Verbrechen ist. Sanktionen? Kein Problem, im Golfkrieg haben viele Anti-Kriegsaktivisten und Friedensorganisationen alternativ zur direkten Kriegsführung eine Wirtschaftsblockade gegen den Irak verlangt. Durch ebensolche jahrelangen Sanktionen kamen und kommen hunderttausende Iraker um. Militäreinsätze? Kein Problem, wenns im humanitären Interesse ist. In Somalia haben Hilfsorganisationen die Intervention herbeigerufen. Die Kriegsführung der NATO in Jugoslawien wurde durch die Hilfsorganisationen, die sich um die durch die Bombardierungen erzeugten Flüchtlingsströme kümmerten, abgesichert.

Trotz alledem ist es immer wieder unfaßbar, wie leicht die Medien manipulieren können und wie leicht die Linken auf Interventionskurs einschwenken. Im Fall Kosovo haben zwar nur Leute den Krieg unterstützt, die man sowieso schon lange nicht mehr als Linke bezeichnen konnte. Im Fall Osttimor hat es in Australien jedoch eine gewaltige Massenmobilisierung für die UN-Intervention gegeben, und die Bewegung wurde bis weit in die radikale Linke mitgetragen. Die humanitäre Demagogie hat voll funktioniert. Hierzulande wäre es nicht anders, wenn nur die Propagandamaschine hochtourig genug läuft. Schließlich halten viele die UN für besser, weil ziviler, als die NATO. Den Koreakrieg haben sie wohl vergessen. Außerdem hält die UN ja das Völkerrecht ein, ganz wichtig für einen großen Teil der NATO-Kriegsgegner. Aus den Anfangszitaten wird klar, daß gerade eine Umdeutung des Völkerrecht im Gange ist. Genauso wie bei der neuen NATO-Strategie soll auch die UN im Prinzip die Möglichkeit haben, sich überall einzumischen.

Was bleibt uns zu tun? In der australischen Diskussion um die Osttimor-Intervention schlägt einer der Interventionsgegner umfassende weltweite Arbeiteraktion vor. Leider ist das z.Z. illusorisch, wo sollte die so plötzlich herkommen? Man muß zugeben, in Australien hat es Gewerkschaftsaktionen gegeben: Hafenarbeiter haben indonesische Waren nicht mehr ver- und entladen, Post- und Telekomarbeiter keine Post zum indonesischen Konsulat zugestellt, bzw. keine Reparaturen durchgeführt, Müllarbeiter dort den Müll nicht abgeholt, es gab Blockaden/Boykotte bei der indonesischen Fluglinie Garuda und einiges

andere. Die Aktionen waren schon korrekt, und die Forderung, daß Indonesien sein Militär abziehen soll, auch. Aber da auch die australische Regierung, bzw. die UN zum Handeln (d.h. zur Intervention) aufgefordert wurde, war es nur konsequent, daß der Gewerkschaftsdachverband die Blockaden beim Einmarsch der InterFET in OT aufhob.

Wir, und andere Interventionsgegner auch, haben versucht, die wirklichen Interessen hinter den „humanitären" zu analysieren. Das ist nötig, aber nicht ausreichend. Denn auf die Frage, wie das Morden gestoppt werden kann, haben wir keine Antwort. Weder für Osttimor/Indonesien noch für Tschetschenien noch für die vielen Massaker, die sich demnächst ereignen werden. Was bleibt ist das Gefühl ohnmächtiger Wut.

Susanne, Ludwigshafen, 17. Oktober 1999

Nieder mit den humanitären Kriegstreibern!

Wie kurz kann ein Gedächtnis sein? Die Bombardierung Jugoslawiens ist vor grade mal 3 Monaten beendet worden. Dieser Krieg hat allen Übeln, gegen die er angeblich geführt worden ist - Massaker, Vertreibungen, Elend und Repression - zu neuen Dimensionen verholfen. Das war im Golfkrieg so, das war bei der Intervention in Somalia so.

Es war nie ein Geheimnis, daß das indonesische Militär die Milizen bewaffnet und trainiert hat und mit ihnen zusammenarbeitet. Die UN hat die indonesischen Sicherheitskräfte mit der Sicherung der Vorbereitung und Durchführung des Referendums beauftragt.
20% der osttimoresischen Bevölkerung sind in den letzten 10 Jahren zugewandert. Die UN hat die Abstimmungsberechtigung dagegen ethnisch definiert.
Es war kein Geheimnis, daß die Milizen schon vor Wochen für den Fall einer Niederlage bei der Abstimmung mit einem Blutbad gedroht haben.
Die UN hat das Referendum abgehalten und anschließend ihre Leute abgezogen.
Die UN ist eine staatliche Institution in einer kapitalistischen Welt. Und wer sich an ihr zynisches Auftreten im Irak, in Bosnien oder auch früher in Irian Jaya erinnert, muß sich nicht wundern, daß ihr das Schicksal der Osttimoresen in Wirklichkeit scheißegal ist. Die UN hat in Osttimor eine Krise und einen Kriegsgrund produziert und ein Bauernopfer gebracht: die osttimoresische Bevölkerung.

Es geht um Indonesien. Die Hoffnungen, daß im Rahmen eines Demokratisierungsprozesses stabile Bedingungen für heimisches und internationales Kapital wiederhergestellt werden können, sind nicht aufgegangen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist seit Beginn der Asienkrise unter die Armutsgrenze gerutscht. Die reaktionären Geister von gestern sind noch lange nicht vertrieben; sie sind immer noch unendlich reich. Die Clique um Soeharto hat auch in Osttimor riesigen Landbesitz. In ethnisch oder religiös motivierten Zusammenstößen sind in diesem Jahr mehrere Tausend getötet worden. Bei den wohl niedrigsten Arbeiterlöhnen der Welt sind die Ausbeutungspotentiale groß; das Investitionsrisiko aber auch. Bauern besetzen Großgrundbesitz; die städtischen Armen demonstrieren und vor allem: täglich Streiks. Die Studenten rufen nicht mehr „Reformasi", sondern „Revolusi". Erst letzte Woche titelte die Jakarta Post: „On the Brink of a Revolution".

So weit ist es noch lange nicht, aber es zeigt die Dringlichkeit der Wiederherstellung kalkulierbarer Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse. Dies ist offensichtlich nicht mehr allein mit IWF-Krediten zu bewältigen.

In diesem Punkt treffen sich die Interessen von indonesischen Militärs und der politisch-militärischen Agenturen des Weltkapitals. Druck oder Aggression von außen wird dem Militär Möglichkeiten geben, die Macht und den Einfluß wieder zu erlangen, die es durch die Massenbewegungen im letzten Jahr verloren hat; Nationalismus zu mobilisieren, und erkämpfte Freiheiten zu kassieren. All dies hat schon angefangen.

Die osttimoresische Befreiungsbewegung hat voll auf die UN gesetzt und bis zuletzt ihre Mitglieder und Anhänger zum Stillhalten gegenüber den Milizen verpflichtet. Die Belos, Hortas und Gusmaos setzen das „Recht auf Selbstbestimmung" umstandslos mit dem Recht auf den eigenen Staat gleich. Die Mehrheit der osttimoresischen Bevölkerung hat wahrlich jeden Grund, die indonesische Besatzung zum Teufel zu wünschen. Aber anstatt auf die eigene Kraft zu vertrauen und mit denen eine gemeinsame Perspektive zu suchen, die in Indonesien für Freiheit und gegen das Militär kämpfen, hat sie ihre Führer nach dem Über-Staat rufen lassen. Das Blutbad in Osttimor ist auch eine Niederlage für uns als revolutionäre Linke. Wir haben die Solidarität den NGOs und der katholischen Kirche überlassen, die das Leid in dieser Welt für ihre eigenen professionellen oder ideologischen Zwecke ausbeuten und kein Interesse an einer wirklichen Befreiung der Menschen haben. Die kann nur gegen die herrschende Ordnung und gegen die Kirchen und NGOs, von den Menschen selbst erkämpft werden.

Daß sich die indonesische Regierung heute bereit erklärt hat, „Friedenstruppen" in Osttimor zu akzeptieren, sollte niemanden beruhigen. Die Krise ist noch nicht vorbei. Um in einem gerade „demokratisch" gewordenen Land wie Indonesien mittels Krise und Krieg für Ordnung sorgen zu können, sind größere Propagandaschlachten im Vorfeld zu schlagen. Alle, die militärisches Eingreifen verlangt haben, haben die Möglichkeit eines Krieges in Kauf genommen, da gibt es keine Ausrede. Und sie sprechen UN, NATO & Co das Recht zu, die Welt nach den Bedürfnissen von Arbeit und Ausbeutung zu ordnen. Überall und mit allen Mitteln.

Welt in Umwälzung, 12.9.99 (aus: Jungle World)

Kriegstrommeln

Osttimor gilt als erfolgreiche UN-Intervention und als erfolgreiche humanitäre Aktion von bewaffneten Friedenstruppen. Damit ist nach dem Krieg gegen Jugoslawien ein neuer Präzedenzfall durchgesetzt worden: Soldaten können Gutes tun... Das stimmt für Osttimor sowenig wie für den Kosovo. Es ging nie um die Osttimoresen. Sie haben einen hohen Preis bezahlt, um einen *anderen Staat* zu erhalten, von dem vorerst nur sicher ist, daß er den Führern der osttimoresischen Befreiungsorganisationen zu vielen angesehenen Posten verhelfen wird. Die anderen Akteure (UN/Australien und indonesischer Staat/Militär) hatten (und haben weiterhin) eine andere Krise zu bewältigen: Indonesien.

Überblick über die Geschichte Osttimors

Anfang des 16.Jhd. landeten die Portugiesen bei ihren Handelsreisen zu den Gewürzinseln (Molukken) wiederholt auf Timor. Mitte des 17.Jhd besetzte die holländische Ostindienkompagnie Kupang (heutige Hauptstadt Westtimors) und zwang die Portugiesen, nach Osten zurückzuweichen. Endgültig wurde die Grenze zwischen Ost- und Westtimor erst 1914 vereinbart.

Nach dem 2.Weltkrieg begann in Niederländisch Ostindien der anti-koloniale Befreiungskampf. Aus den befreiten Kolonien entstand Indonesien. Westtimor als ehemalige holländische Kolonie wurde Teil davon. Osttimor blieb portugiesische Kolonie.

Die Osttimoresen betrieben meist bäuerliche Selbstversorgung, also Subsistenzwirtschaft, an der Küste gab es Fischer. Der Handel wurde seit Generationen von eingewanderten Chinesen dominiert, diese waren 1975 2% der Bevölkerung. Die Portugiesen hatten ein paar Kaffeeplantagen angelegt, wo auch heute noch sehr hochwertiger Kaffee wächst. Zunächst war Sandelholz das Hauptexportprodukt, aber die Wälder wurden zunehmend abgeholzt. Ansonsten zeigte die Kolonialmacht kein besonderes Interesse an einer Entwicklung Osttimors, Infrastruktur, Schul- und Gesundheitswesen waren äußerst bescheiden, 1975 soll es gerade mal 20km asphaltierte Straße gegeben haben.

1974 kam es in Portugal zu einem unblutigen Staatsstreich, der sogenannten „Nelkenrevolution". Beinahe 50 Jahre lang war Portugal Diktatur gewesen. Nach dem Sturz der Diktatur wurde nach innen demokratisiert und nach außen die Entkolonialisierung eingeleitet. Das portugiesische Kolonialreich war einer

der Gründe für den Putsch gewesen, die Armee hatte die Schnauze voll von den Kämpfen in Afrika. 74/75 wurden die fünf portugiesischen Kolonien in Afrika unabhängig.
Portugal begann mit der Entkolonialisierung Osttimors, indem es ab 74 demokratische Strukturen einführte. Drei osttimoresische Parteien entstanden: UDT und Fretilin, die für die Unabhängigkeit waren, und die Apodeti, die für den Anschluß an Indonesien war. Im Februar und März 75 wurden Kommunalwahlen abgehalten, die die Fretilin, die radikalste der drei Parteien mit 55% der Stimmen gewann.Das Ergebnis der pro-indonesischen Apodeti war vernachlässigbar.
Durch Intrigen Indonesiens vorbereitet, begann im August 75 ein blutiger Bürgerkrieg zwischen den beiden großen Parteien UDT und Fretilin. Die Fretilin, die besser ausgerüstet und wesentlich beliebter war, gewann nach wenigen Wochen die Oberhand.
Auf dem Höhepunkt des Bürgerkriegs verdrückte sich die ganze portugiesische Verwaltung, ohne die Entkolonialisierung offiziell abgeschlossen zu haben. Deshalb gilt Osttimor bei der UN bis heute als „Territorium ohne eigene Regierung".
Die Portugiesen waren weg. Fretilin war, nach den Siegen bei den Kommunalwahlen und im Bürgerkrieg, in der Rolle der de-facto-Regierung. Sie bauten eine Verwaltung auf und initiierten Programme zur Verbesserung der sozialen-, schulischen- und Gesundheitssituation.
Am 28. November 75 erklärte die Fretilin Osttimor für unabhängig und rief die Demokratische Republik Osttimor aus. Am 7. Dezember begann die indonesische Armee die Invasion in Osttimor, einen Tag nach einem Treffen zwischen dem damaligen Diktator Soeharto und dem US-Präsidenten.
Die Invasion begann mit der Bombardierung Dilis von See aus. Schrittweise eroberten die Indonesier weitere Städte. Bis zum April 76 hatten sie 35 000 Soldaten auf Osttimor stationiert. Denen stand die Fretilinarmee Falintil gegenüber, die nach der Staatsgründung praktisch die Armee Osttimors war. Sie bestand aus 20 000 Mann, jedoch hatten die meisten nur eine kurze militärische Ausbildung.
Bis 78 konnte die Falintil aber noch einen Großteil des ländlichen Gebiets halten. Das indonesische Militär reagierte mit Flächenbombardierungen, Zerstören der Felder und Massenvertreibungen. In den ersten Jahren der Besetzung kamen 200 000 Osttimoresen um, entweder direkt massakriert oder verhungert oder durch Epidemien in den Flüchtlingslagern. Man schätzt, daß 80% der

osttimoresischen Dorfbevölkerung im Laufe der Besatzungszeit umgesiedelt wurde.
1979 war die Falintil beinahe am Ende, sie hatte 90% der Waffen und 80% der Truppen verloren. Da beschlossen sie, den Krieg als Guerillakrieg weiter zu führen. Die einige hundert Mann starke Guerilla soll tausende indonesische Soldaten getötet haben.
Im Juli 76 wurde Osttimor als 27. Provinz offiziell Indonesien eingegliedert.[1]
Im Westen wurde diese Annektierung aber nur von Australien anerkannt.
Indonesien investierte wesentlich mehr in die Entwicklung Osttimors als Portugal. Besonders in die Infrastruktur, Schulen, Gesundheitszentren und die aufgeblähte Verwaltung. Zum Schluß sollen die Investitionen 110Mill. Dollar pro Jahr betragen haben, ohne die militärischen Kosten. Gleichzeitig eignete sich die militärische und politische Nomenklatura die Ressourcen an. Der Klüngel um Soeharto hat heute noch großen Landbesitz dort, Armeechefs übernahmen Kaffeeplantagen. Viele der öffentlichen Gelder aus Indonesien für Osttimor landeten in privaten indonesischen Geldbeuteln.
13 Jahre lang war Osttimor nach außen abgeschlossenes Territorium. Das Militär reagierte auf den anhaltenden Widerstand mit Massakern, willkürlichen Verhaftungen und Hinrichtungen, Folter.
1989 wurde Osttimor für Ausländer und Indonesier geöffnet. Bis zu diesem Zeitpunkt waren die Indonesier dort stationierte Soldaten und dorthin versetzte Staatsdiener, Verwaltungsleute, Lehrer, Ärzte gewesen. Ab 89 konnten auch ganz normale Indonesier einwandern, teilweise als von der Regierung gesponserte Transmigranten, teilweise auf eigene Faust. Ende 98 waren 20% der Bevölkerung Einwanderer aus Indonesien. Sie waren nicht beliebt bei den Einheimischen. 1995/96 gab es eine Serie von Riots gegen indonesische Marktstände und Moscheen.
In der UN gab es im Laufe der Jahre verschiedene Resolutionen, in denen Indonesien zum Abzug aufgefordert wurde. So wirklich hat sich aber niemand drum gekümmert, außer Portugal. Zur Zeit der Besetzung war noch kalter Krieg und die Freteilin war links, galt sogar als „marxistisch", dagegen war das indonesische Regime stramm anti-kommunistisch.
Diejenigen, die sich um Osttimor kümmerten waren:

---

[1]Die Provinz Osttimor stellte 0,75 Prozent der Fläche und 0,4 Prozent der Bevölkerung Indonesiens.

- Die katholische Kirche vor Ort. 1975 waren, trotz jahrhundertelanger portugiesischer Missionstätigkeit nur 28% katholisch gewesen, 1998 sind es 98%. Die Timoresen sind traditionell Animisten gewesen.
- Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty
- Es entstanden NGOs (Nichtregierungsorganisationen) zu Ost Timor, wie ETISC, ETAN, ETHRC, teilweise professionell, es gibt da Jöbchen in den NGOs.

Erst in den 90er Jahren wächst das Interesse der „internationalen Gemeinschaft" an Osttimor. Der Bischoff vonDili und ein Vertreter der Unabhängigkeitsbewegung erhalten den Friedensnobelpreis. Der Hintergrund: Indonesien war zu einem der aufstrebenden Tigerstaaten geworden. Gleichzeitig war das Ende der Soeharto-Ära absehbar. Nicht nur aus biologischen Gründen, er war alt geworden und ein Nachfolger nicht in Sicht, sondern auch, weil durch das Entstehen von städtischer Arbeiterklasse und intellektuellem Mittelstand Strukturen unhaltbar wurden, die aus Zeiten stammten, als die meisten Indonesier noch Bauern waren.

Indonesien

Und tatsächlich begann im Jahr der Nobelpreisverleihung an Belo und Ramos-Horta das Ende der Soeharto-Diktatur („Orde Baru") mit einem Aufstand in Jakarta im Juli 96[2]. Der konnte sich zwar noch nicht durchsetzen, aber als 97 die Asienkrise ausbricht, verliert die Diktatur ihre Rechtfertigung: politische Unterdrückung, dafür aber Wirtschaftswachstum. Aufstände und Studentenbewegung führten im Mai 98 zum Rücktritt Soehartos.

Das war durchaus auch im Sinne des Kapitals. Die verknöcherte und durch und durch korrupte Staatsverwaltung war zuletzt auch ein Hemmnis für freies unternehmerisches Wirken, vor allem für das ausländische Kapital geworden. Die Kosten für Steuern, Abgaben, Geschenke usw. waren höher als die Lohnkosten. Soeharto hatte sich auch recht starrköpfig gegenüber den Rettungsmaßnahmen des IWF gezeigt. Während aber auf der einen Seite der Nachfolger Habibie ohne größere Reformen die Regierung übernehmen konnte, holte sich die indonesische Gesellschaft mehr Freiheit und mehr Freiheiten als dem Kapital guttut. Der Einfluß und vor allem die Autorität des Militärs schwand in den Auseinandersetzungen mit den Großdemonstrationen, die von den

---

[2]siehe Fußnote Nr11

Studenten organisiert worden waren und unter dem Druck einer explodierenden Diskussionskultur, ausgedrückt in einer großen Zahl von neu gegründeten oder neue Freiheiten ausnützenden Zeitungen und Zeitschriften. Die ganzen Menschenrechtsverletzungen während der Soeharto-Ära, ja selbst die Lügen, die über ihren Beginn gestrickt worden waren, wurden plötzlich thematisiert. Der Rückzug des Staats insgesamt führte dazu, daß im zweiten Halbjahr 98 Indonesien sicher mit zu den freiesten Ländern der Welt gehörte. Jedenfalls in Bezug auf bürgerliche Grundrechte wie Meinungsfreiheit, Demonstrationsfreiheit usw. - nicht aufgrund einer „Demokratisierung", sondern weil sich die Menschen um alte Gesetze nicht mehr scherten. *KKN* (*Korupsi, Kolusi, Nepotisme*) und *Reformasi* waren die Schlagwörter des Jahres 98, sogar Habibie forderte „*Reformasi total*".

Der Staat war zurückgedrängt, was für die Menschen bedeutete, daß er sowenig für sie tat wie in der Vergangenheit, daß es aber möglich war, sich selber drum zu kümmern. Vor allem Bauern und ArbeiterInnen setzen das um: von großen Plantagen bis zu Golfplätzen werden Ländereien besetzt; 496 „Streiks und industrielle Aktionen" zählte die Polizei für 1998. Bei diesen Aktionen war die Reaktion von Polizei/Militär uneinheitlich und unsicher. Mal beobachteten sie nur, mal versuchten sie zu schlichten (manchmal wurden auch die Chefs gedrängt, nachzugeben), mal reagierten sie aber auch mit Knüppelorgien oder schossen scharf, wie beim Maspionstreik in Surabaya im März diesen Jahres. In dieser Unsicherheit des Militärs drückte sich nicht nur der politische Druck sovieler neuer Wünsche, Hoffnungen und die Wut über die *Krismon* (*Krisis moneter*) vor allem bei den einfachen Soldaten aus. Sondern auch das radikale Scheitern einer antikommunistischen Ideologie, die weitgehend unverändert während Soehartos „Orde Baru" in den Streitkräften, Schulen usw. kultiviert worden war. Die „Unruhen" sehen zwar irgendwie kommunistisch aus, aber es fehlt der Feind, die Kommunistische Partei. Sogar die „Ninja"-Serienmorde[3] in Ostjava im Oktober/November 98 versuchten einige Offiziere den „Kommunisten" unterzuschieben - ohne Erfolg; erfolgreicher war die Vermutung, daß es Kreise im Militär waren, die schlicht versuchten, Mord und Totschlag zu säen. Von reaktionärer und Staatsseite werden Unruhen aller Art mit dem Wirken von „Provokateuren" (entspricht etwa unseren „Rädelsführern") erklärt -

---

[3]Im Herbst 98 wurden in Ostjava mehrere hundert Menschen umgebracht, zuerst *Dukun*, also alt-javanischeDorfheiler, später auch islamische Prediger. Diese Affäre ist bis heute nicht aufgeklärt.

und diese gesucht, was das Leben für einzelne, jenseits der halboffiziellen NGOs aktiven Menschen erheblich erschwert hat.
Mehrere Tausend Menschen sind allein in diesem Jahr vordergründig aus religiösem oder ethnischem Haß umgebracht worden; auf den Molukken, in Nordostkalimantan, auch auf Java selber. Vordergründig, weil immer das soziale Elend und fast immer die Geschichte der *Transmigrasi* zum Vorschein kommt. Mehrere Millionen Menschen sind während der *Orde Baru* von Java und Sulawesi in weniger dicht besiedelte Gebiete umgesiedelt worden; z.T. zwangsweise, z.T. mit Anreizen, etwa Ackerland, das zuvor oft den Alteingessenen gestohlen worden war. So galt die Wut der Menschen in Ostkalimantan den zugewanderten Maduresen; auf den Molukken, die traditionell nicht ausschließlich, aber mehrheitlich christlich waren den zugewanderten Moslems. Entsprechend gab es im Schatten von Mord- und Totschlag auch große Flüchtlingswellen, meist zurück zum Rest der Familie „in der alten Heimat". Auch dabei fand das Militär keine einheitliche Linie, mal griff es gar nicht ein, mal beteiligte es sich am Massenmord.
Die Studentenbewegung hat sich inzwischen etwas ausdifferenziert; die ganz großen Demos wie noch im Mai und Juni letzten Jahres kommen nicht mehr zustande. Ein Teil der StudentInnen hat sich zurückgezogen, bzw. hat mit dem eigenen Überleben zu kämpfen. Ein Teil hat Hoffnungen auf die Wahlen und auf die „Demokratie" gesetzt und ist in die Parteien gegangen. Ein kleinerer Teil hat sich in vielfacher Weise radikalisiert; das sieht man nicht nur an der Militanz der Demos anläßlich der Verabschiedung des Notstandsgesetztes im späten September. Sondern aus der Studentenbewegung ist auch, lokal unterschiedlich, Unterstützung für die Arbeiter (und Bauern) erwachsen; „hinter" manch einem Streik stecken linksradikale Studenten - mal als Gruppe, mal einzelne Personen. Die halb sozialdemokratisch, halb leninistische PRD hat einen Teil dieser Menschen anziehen bzw. organisieren können. Viele Radikale lehnen die PRD wegen ihrer weitgehend kritiklosen Beteiligung an den Wahlen ab.
Studentendemos und Bauern- und Arbeiterkämpfe laufen immer noch nebeneinander her, auch wenn sich Berichte darüber mehren, daß die Demos gerade dann massenhafte Unterstützung von außerhalb der Unis kriegen, wenn sie in Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften geraten. Noch kümmern sich die Bauern und ArbeiterInnen zuerst mal um ihre eigenen Probleme. Und zumindest für die ArbeiterInnen kann man immer noch davon ausgehen, daß - von der vereinzelten Unterstützung kleiner Gruppen oder auch NGOs abgesehen -

sie ihre Streiks selber organisieren. Gewerkschaften sind erst ansatzweise entstanden. Daß daraus Gewerkschaften als kapitalistische Vermittlungsinstitutionen entstehen könnten, wäre nicht undenkbar. Dafür wäre Akzeptanz von Seiten des Staates und der Kapitalisten nötig; diese gibt es aber noch nicht, denn das würde Geld kosten und ganz allgemein voraussetzen, daß die indonesische Wirtschaft schnell aus der (Asien-)Krise herauskommt.
Die Parlamentswahlen sind zwar friedlich verlaufen, aber die politischen Figuren stammen alle noch aus Soehartozeiten und können nicht mit den korrupten Strukturen brechen. Eine neue Politikergeneration, z.B. aus der Studentenbewegung heraus, ist noch nicht herangewachsen. Darüberhinaus ist in dem engen Raum zwischen den Machtgelüsten der alten Reichen mit dem Militär und den Erwartungen der Wähler gar keine andere bürgerliche Politik möglich, als plumper Populismus - also leere Versprechungen und Mobilisierung von Nationalismus (und gegebenenfalls Religion) auf der einen Seite und Vertuschung und Weiterführung der KKN auf hoher Ebene. Eine Politik, die - etwa im Sinne des IWF oder der Weltbank - die Finanzen und das Banksystem in Ordnung bringt und gleichzeitig anfängt, die ArbeiterInnen zu integrieren, ist weder gewollt, noch angesichts von Kräfteverhältnissen, Reichtumsverteilung und andauernder Krise machbar. Das zeigt nicht zuletzt der Großskandal um die „Bank Bali", eine Bank, die vom Staat mit IWF-Geldern refinanziert worden ist. Von dort sind über kleine Umwege 60 Millionen US$ in den Präsidentschaftswahlfond Habibies geflossen; das ist seit mehr als drei Monaten bekannt, aber die Aufklärung geht so schleppend voran, daß der IWF die Kommunikation mit der indonesischen Regierung vorübergehend auf Eis gelegt hatte. In den Skandal verwickelt sind nicht nur der Bruder Habibies, sondern auch wichtige Minister seiner Regierung und der Chef der Bankrestrukturierungsbehörde.

Das alles muß äußerst beunruhigend für die Herren Indonesiens, als auch für die Herren der Welt sein. Das bisherige Pulver ist verschossen, die Gelder von IWF und Weltbank sind zu gut 4/5 aufgebraucht.

Die gemachte Krise

Daß die Entwicklung in Osttimor, einschießlich des Wütens der Milizen in Form von Massenmord und Vertreibungen vorhersehbar war, ist unstrittig. Die bürgerlichen Kommentatoren und die „linken" staatshumanistischen Kriegstreiber drücken sich natürlich vor der einzig möglichen - und schrecklichen - Schlußfolgerung: die Entwicklung war auch gewollt (zumindest von Indonesien

und der UN) und in Kauf genommen von den Führern der osttimoresischen Befreiungsbewegung und ihren Soli-Freunden in aller Welt.
Es lassen sich vier Phasen der Entwicklung dieser Krise unterscheiden (zum genauen Ablauf siehe die Chronologie im Anhang):
- Vom Sturz Soehartos zum Abschluß der Abkommen über Autonomie und Referendum am 5. Mai
- Vorbereitung und Durchführung des Referendums und
- das anschließende Wüten der pro-Indonesischen Milizen und die Intervention der internationalen „Friedenstruppen"
- erfolgreiche Präsidentenwahl in Indonesien und Abzug der indonesischen Truppen aus Osttimor

Vom Aufbruch in Indonesien bis zur Anerkennung der Zuständigkeit Indonesiens für Osttimor

Die Massenbewegungen, die den Sturz Soehartos verursacht haben und anschließend das Militär in Indonesien zurückgedrängt und in seiner Autorität beschädigt haben, stehen am Anfang. Sie erst haben die Voraussetzungen geschaffen, daß ein innen- und wirtschaftspolitisch erfolgloser Präsident Habibie die Autonomie für Osttimor vorgeschlagen hat. In der Version, die - vor intensiven Verhandlungen - der UN-Vertreter den im Lande verbliebenden FührerInnen der osttimoresischen Befreiungsbewegung vorstellte, war ein Zeitraum von etwa 10 Jahren vorgesehen, während dessen unter Bedingungen weitgehender innerer und sogar ökonomischer Autonomie eine Abstimmung über die weitere Zukunft Osttimors vorbereitet werden könnte. Die eigentlichen Verhandlungen über diesen Vorschlag der indonesischen Regierung beginnen etwa im Januar diesen Jahres, Partner sind die UN und Portugal, das seinerseits immer noch einen formellen Anspruch auf Osttimor in seiner Verfassung stehen hat. Diese Verhandlungen ziehen sich über das erste Vierteljahr 99 und während dieser Zeit organisieren sich die Milizen, zum Teil neu, zum Teil aus bereits seit langem bestehenden Hilfstruppen des Militärs. Es gab nie Zweifel darüber, auch nicht von indonesischen Seiten, daß sie in enger Kooperation mit dem indonesischen Militär standen. Sie wurden von ihm ausgerüstet und ausgebildet; zum Teil kaufen sie aber auch Gewehre von demoralisierten einfachen Soldaten (übrigens tun dies auch die Leute von der Falintil).
Es werden zwei Abkommen verhandelt: Eines über das vorgeschlagene Autonomiestatut und eines über die Vorbereitung und Durchführung einer Befragung der Osttimoresen durch die UN über Autonomie oder Unabhängigkeit.

Seit Januar verbreiten die Milizen in einer Kombination von bewaffneten Demos, Todesdrohungen und Anschlägen Angst und Schrecken; es finden Massaker statt. Nicht nur die Zeitungen und australische Geheimdienste berichten über das Zusammenwirken von Militär und Milizen, sondern auch die internationale Solibewegung warnt vor einer Zusammenarbeit mit Indonesien und fordert dafür - zusammen mit Führern der Fretilin - aber die sofortige Entsendung bewaffneter „Friedenstruppen" (was zu sofortigem Krieg mit Indonesien geführt hätte, und eine solche Verschärfung der Krise hätte jedenfalls zu diesem Zeitpunkt weder dem indonesischen Militär noch der UN recht sein können). Die Durchführung eines Referendums gehört zur Standardprozedur der UN in „Territorien ohne eigene Regierung", wer jedoch die schnelle, praktisch sofortige Durchführung eines Referendums ins diplomatische Spiel gebracht hat, ist unklar. Bekannt ist, daß die indonesische Regierung in Person ihres Außenministers Alatas mehrfach zur Eile drängt.

Die UN schert sich weder um die Ereignisse in Osttimor noch um die Warnungen, die sie von allen Seiten erhält. Sie schließt am 5. Mai 99 zwei Abkommen mit Indonesien (unter Einbeziehung Portugals). Die beiden wichtigsten Dinge, die zu diesen Abkommen festzuhalten sind:

Erstens. Mit beiden Abkommen anerkennt die UN in unterschiedlicher Weise die Oberhoheit Indonesiens bzw. sogar die zumindest vorübergehende Zugehörigkeit Osttimors zu Indonesien. Das Abkommen über das Autonomiestatut hätte bei seinem Inkrafttreten bedeutet, daß Osttimor zwar weitgehende staatliche Selbstverwaltung genossen hätte, aber völkerrechtlich ein Teil Indonesiens (geworden) wäre. Das Abkommen über das Referendum beinhaltete **nicht** die Unabhängigkeit Osttimors. Es regelt nur die Vorbereitung und formelle Durchführung einer „Befragung" der Osttimoresen durch die UN. Es beinhaltet keinerlei damit *automatisch* verbundenen völkerrechtlichen Konsequenzen. Es lag juristisch bei Indonesien, die Unabhängigkeit Osttimors anzuerkennen. Dagegen regelte es, daß Indonesien für die Sicherheit zuständig war und legalisierte damit ganz im Gegensatz zur bisherigen Rechtsposition der UN die Anwesenheit und Macht des indonesischen Militärs.

Zweitens. Es gibt in den beiden Abkommen unterschiedliche Definitionen darüber, wer als Osttimorese/Osttimoresin gilt. In beiden Abkommen ist es die Geburt, bzw. die ethnische Abstammung (oder die „Einheirat"). Aber nur im Autonomiestatut wird dies um diejenigen erweitert, die seit 5 Jahren dort leben. Der Unterschied: die meisten der 200 000 Menschen, die in den letzten zehn Jahren zugewandert sind. Mit dieser rein ethnischen Definition in Bezug

auf das Referendum „legt man ethnische Säuberungen an", schrieben wir schon Ende Mai[4] und tatsächlich wird ein Teil von Flucht/Vertreibung nach der Abstimmung genau das gewesen sein.

Die Eile dauert an: das Referendum

Daß sich mit dem Abschluß der Abkommen die Situation in Osttimor nicht verändert hat, bekam die UN sofort zu spüren: Schon das Eintreffen ihres Arbeitsteams in Dili war Anlaß zu einem Riot und zu Schießereien; am nächsten Tag wurden in Dili 20 Menschen von Milizen erschossen. Und die Angriffe der Milizen lassen auch weiterhin nicht nach. UN-Offizielle selber erwischen Militärangehörige, die in Militäreinrichtungen Milizionäre trainieren. Die UN-Leute vor Ort berichten darüber natürlich täglich (und werden sich später öffentlich darüber beklagen, daß ihre Berichte von der Administration in New York ignoriert wurden). Verhandlungen zwischen Milizen und der Fretilin fanden statt, brachten aber kein Ergebnis. Milizen übernehmen die Macht in einigen grenznahen Bezirken und tatsächlich verschiebt die UN die Abstimmung zwei Mal, um sie bei unveränderter Lage am 30.8. durchzuführen. Wieder hatte der indonesische Außenminister zur Eile gemahnt, unter ausdrücklichem Hinweis auf den Termin der Neuwahl des Präsidenten.

Schon die Tatsache, daß die Abstimmung selber stattfindet, ist für viele Beobachter eine Überraschung. Wenn auch nicht ganz so ohne Zwischenfälle, wie die UN es in einer Presseerklärung darstellt. Ein Mitglied der (unbewaffneten) internationalen Polizeitruppe, schon auf seiner vierten UN-Mission, beklagt, daß in Ermera ein (einheimischer) UN-Mitarbeiter in einem Wahllokal niedergestochen wurde. Trotz Anforderung sei keine Hilfe aus dem 7 Hubschrauber-Minuten entfernten Dili gekommen, sodaß der Mann kurze Zeit später starb. „Die humanitäre Organisation [er meint die UN] hat das Vertrauen der Osttimoresen betrogen und ihre lokalen Angestellten nicht sauber behandelt", klagt er.[5] Immerhin können die Wahlzettel nach Dili gebracht und ausgezählt werden. Aber nach der Bekanntgabe des Ergebnisses (78 % für Unabhängigkeit) gibt es für die Milizen kein Halten mehr und es passiert das, wovor alle gewarnt und die Milizen selber angekündigt hatten. Die Milizen schießen um sich, bringen Befürworter der Unabhängigkeit reihenweise um,

---

[4] siehe *Indonesien/Ost Timor: der nächste Brandherd*, Wildcat Zirkular 50/51 oder http://www.rhein-neckar.de/~wildcat/osttim.html

[5] The Age, 11.10.99

verjagen die Menschen und brandschatzen die Städte. Die UN holt ihre ausländischen Mitarbeiter sofort nach Dili, um sie drei Tage später - bis auf 80 - wegzuschicken; diese werden etwas mehr als eine Woche später zusammen mit Flüchtlingen, die sich auf UN-Gelände gerettet hatten, von der australischen Luftwaffe nach Darwin evakuiert.

Die humanitäre Katastrophe der Kriegstreiber: die Intervention

Welches Ausmaß das Blutbad wirklich angenommen hat, ist bis heute mehr als unklar - es spricht vieles dafür, daß hemmungslose Übertreibungen der „humanitären Katastrophe" die Runde machten - in Osttimor, wo die überstürzte Flucht der UN (zusammen mit ausländischen Beobachtern und Reportern) eine Panik auslöst ebenso wie außerhalb, wo mit den abenteuerlichsten Geschichten und *Inkubatoren*[6] Propaganda und Politik für eine bewaffnete Intervention gemacht wird. „*Agenturberichte schildern detailliert, wie die Milizen die Köpfe ihrer enthaupteten Opfer entlang der Straßen auf Stangen gespießt präsentieren.*", so Watch Indonesia in einem Appell an die Bundesregierung[7]. Was Agenturen wirklich berichtet hatten, war folgendes: „*Joao Carrascalao, höchster Vertreter der osttimoresischen Widerstandsbewegung in Australien sagte: 'Eine Person, die von Dili nach Atambua gefahren ist, hat berichtet, entlang der Straße wären hunderte von Köpfen aufgespießt und Körper würden überall herumliegen.'*". Mit einer Story aus Hörensagen zweiten Grades und offensichtlich erfunden, wurden in Deutschland Unterschriften für eine bewaffnete Intervention gesammelt. Auch Sprecher der UN geben sich in diesem Punkt inzwischen mehr als zurückhaltend[8].

---

[6]Für jüngere Leser: Kurz nach der Invasion Kuwait durch die irakische Armee wurde weltweit verbreitet, daß die Iraker Säuglinge aus den Brutkästen der kuwaitischen Krankenhäuser „gerissen" hätten - eine platte Lüge, wie sich herausstellte, Kriegspropaganda eben.

[7]Appell an die Bundesregierung: Sofortiges Handeln in Bezug auf die aktuelle Situation in Osttimor erforderlich, 9.9.99

[8]Michel Barton, Sprecher des UN-Büros für die Koordinierung der humanitären Hilfe in Dili: „*Wir haben Horrorgeschichten gehört, für die es bis jetzt kein Fünkchen Beweis gibt. (...) Es gab Morde. Es sind fürchterliche Dinge passiert. Aber wir glauben nicht, daß Menschen zu Tausenden umgebracht worden sind und ihre Leichen verbrannt oder ins Meer geworfen worden sind. Wenn dies der Fall gewesen wäre, hätten wir inzwischen Beweise dafür gefunden. Es sind aber keine gefunden worden.*" Er zitierte als Beispiel für überzogene Berichterstattung jenen von den Weltmedien verbreiteten Bericht, daß in einem Brunnen nahe Dili 40 Leichen

Während ein Teil der Bevölkerung in die Berge und ein anderer nach Westtimor flüchtet oder vertrieben wird, läuft im Ausland, vor allem in Australien eine grandiose Kampagne für eine schnelle Intervention bewaffneter Friedenstruppen, für die Australien nicht zufällig den Hauptteil nicht nur stellen will, sondern schon in Bereitschaft hat. Die UN stellen dem indonesischen Militär ein Ultimatum von 24 Stunden, um „Ruhe und Ordnung" in Osttimor wiederherzustellen. Daraufhin wird Kriegsrecht für Osttimor ausgerufen während die indonesische Regierung noch die Intervention von außen ablehnt und mit Krieg droht.[9]

In Indonesien entwickeln sich inzwischen zwei Bewegungen- eine militante Bewegung gegen das neue Notstandsgesetz, das Habibie noch im alten Parlament verabschieden lassen will und eine nationalistisch-antiaustralische Bewegung, die ebenfalls bald militant wird - Australien muß zwei Konsulate aufgeben; australische Firmen fangen an, ihre Leute zu evakuieren. Jedoch: wenn es bei reaktionären Kreisen die Hoffnung gegeben hat, die nationalistische Mobilisierung könnte den Protest gegen die Notstandsgesetze neutralisieren, erfüllen sie sich nicht. Zwar wird das Gesetz verabschiedet, aber unter dem Druck der Straße (und der Medien) nicht in Kraft gesetzt.

Das indonesische Militär will oder kann nicht allein die Situation in Osttimor unter Kontrolle bringen und stimmt deshalb schießlich doch relativ schnell und problemlos dem Einmarsch fremder Truppen zu. Schon 14 Tage nach der Abstimmung beginnt das indonesische Militär mit seinem Abzug und zwei Tage später landet die australische Vorhut der InterFET (International Forces in East Timor).

Der erste Höhepunkt der Krise wird in Indonesien überwunden: die Präsidentschaftswahl

Alles spricht dafür, daß das Timing der Osttimor-Krise auf die Wahl des Präsidenten im neu gewählten indonesischen Parlament und die Zeit davor

---

gefunden worden seien: tatsächlich war es nur eine einzige. „*In den meisten Fällen, wo wir Berichten über fürchterliche, große Massaker nachgegangen sind, haben wir eine oder zwei Leichen gefunden*", so Barton am 13.10.99. Ein Massaker wurde inzwischen durch Fund von Leichen verifiziert: das von Liquisa am 5. April.

[9]So jedenfalls der Bericht von Feisal Tanjung, damals koordinierender Minister für Sicherheit. (The Jakarta Post, 30.10.99)

ausgerichtet war. Angesichts der sozialen und politischen Lage in Indonesien gibt es viele Ebenen, auf denen diese Wahl ein vorläufiger Höhepunkt von Auseinandersetzungen darstellte. Um nur einige der kritischen Punkte zu nennen: wie kann eine neue Regierung aussehen, die einerseits wenigstens halbwegs glaubhaft „reformasi" verkörpert und wie verteilt sich dann die Macht zwischen den alten Fraktionen des Palastes, dem Militär und der früheren „Opposition"? Wie kann dem Ausland und der eigenen Bevölkerung wenigstens ein weiteres Vorgehen gegen KKN glaubhaft gemacht werden? Wie können die Massen, die Megawati unterstützt haben, befriedigt (oder übertölpelt oder unterdrückt) werden, ohne daß eine Frau zur Präsidentin wird? Und wer wird dann Präsident? Der Versuch Habibies, am letzten Tag des alten (aus der Soeharto-Zeit stammenden) Parlaments ein neues, verschärftes Notstandsgesetz als offensichtliche Vorbereitung eines Militärputsches verabschieden zu lassen, scheiterte - es scheiterte an der Zahl und Militanz der Demonstranten (die 5 Tote zu beklagen hatten) und an der Unterstützung, die die Demonstranten bekamen: von den Bewohnern der Vorstädte bis hin zu den Medien. Das Gesetz wurde zwar erwartungsgemäß verabschiedet, aber nicht in Kraft gesetzt - man hatte Habibie wohl deutlich gemacht, daß er aus dem Spiel war (u.a. wegen dem Bank Bali Skandal) und daß man eine andere Lösung suchte.
Das Hauptproblem in diesem Zusammenhang waren gar nicht so sehr die radikalen StudentInnen, die Habibies Notstandsgesetze bekämpften. Viel kritischer waren die Massen der Bevölkerung, die mit ihrer Wahl der Partei Megawatis, der PDI-P (Demokratische Partei Indonesiens - im Kampf[10]) einen radikalen Umschwung der Politik in Indonesien wollten. Megawati selber hatte zu fast nichts eindeutig Stellung bezogen, (außer zur Frage der „Nationalen Einheit" einschließlich Osttimors), was aber den Hoffnungen der Menschen keinen Abbruch tat - im Gegenteil. Und die PDI-P hatte die Wahlen gewonnen; eindeutig nach Prozenten, weniger eindeutig nach Abgeordneten.
Zum erwarteten Show-Down bei der Wahl kam es entsprechend nicht. Habibie zog sich dann auch kurz vor der Wahl zurück. Als dann Abdurrahman Wahid

---

[10] Der Name der Partei erinnert daran, daß 1996 das Soeharto-Regime versucht hatte, die Wahl Megawatis zur Vorsitzenden der PDI, einer der drei damals zugelassenen Parteien, zu verhindern. Megawatis Anhänger hielten das Hauptquartier der Partei in Jakarta besetzt; bei seiner Stürmung gab es einen kleinen Volksaufstand - der Anfang vom Ende des Regimes. Anschließend bildeten die Anhänger Megawatis einfach eine neue Partei: die PDI-Perjuangan.

die Abstimmung gegen Megawati gewann, gab es für einen Tag einen Geschmack davon, was hätte passieren können: Demos und Randale in vielen Städten. Mit der wohl vorher abgesprochenen Wahl Megawatis zur Vizepräsidentin beruhigte sich die Lage schnell.
Das verzwickte Problem: Wer kommt jetzt an die Töpfe, ist gelöst mit der schlichten Antwort: Alle. Das neue Kabinett umfaßt nun alle Parteien, Machtfraktionen, ethnische Gruppen und Religionen, die alten Kräfte ebenso wie einige wenige moderne Liberale, Hard-Core Moslems und Katholiken... also das ganze Spektrum der Elite in Jakarta. Ein Kompromiß, der wohl zu groß ist, um lange zu halten einerseits, andererseits aber auch kaum eine Person übrig lässt, die einspringen könnte, wenn dieses Projekt scheitert[11].
Die Krise in Osttimor erfüllte ihren Zweck, indem die Auseinandersetzungen um die Zukunft Indonesiens mit antiaustralischem Nationalismus überlagert werden konnten, wozu in der kritischen Zeit Ende September (Demos gegen das Notstandsgesetz) die australischen Soldaten ihren Teil beitrugen - ihre erste Aktion war ein Vorgehen gegen Plünderer; sie ließen sich fotografieren, als sie einem gefesselten Mann die Kanone an die Schläfe hielten[12]. Kurz nachdem in Indonesien ein Student während einer Demo gegen die Notstandsgesetze erschossen worden war; heizte die InterFET das Klima an, indem sie ankündigte, nötigenfalls bei der Verfolgung von Milizen auch nach Westtimor vordringen zu wollen; ein paar Tage später wurde dann tatsächlich ein indonesischer Polizist an der Grenze erschossen - der Höhepunkt der Krise und der Kriegsgefahr. Danach fingen Indonesien (Wiranto) und UN an, die Spannungen langsam wieder abzubauen, auf Seiten der UN unter anderem damit, daß man anfing, die Nachrichten über Massaker zu dementieren. Offenbar war dies der Zeitpunkt, wo die Kungeleien in Jakarta ein erstes Ergebnis gefunden hatten - zehn Tage später anerkannte das neue Parlament in Indonesien die Unabhängigkeit Osttimors und wählte Wahid zum Präsidenten.
Auch wenn eine unmittelbare Kriegsgefahr gebannt scheint; die Krise in Osttimor ist sowenig vorbei wie die in Indonesien. Solange bewaffnete Friedenstruppen dort stehen, kann mittels der Milizen jederzeit die Situation wieder verschärft werden - wenn sich das Projekt der Allparteienregierung in Jakarta als nicht haltbar erweisen sollte...

---

[11] vielleicht außer dem (beliebten) Sultan von Yogyakarta, der auch als Präsidentschaftskandidat im Gespräch war
[12] die „Arroganz" der Australier veranlasste auch Thailand zu scharfer Kritik

Chronologie Osttimor

1998:[13]

ab Januar *Proteste, Riots, Plünderungen*

14.5. *Riots in Jakarta*

21.5. *Soeharto zurückgetreten, Demos gegen Habibie*

13.6. Demo in Dili für Unabhängigkeit mit 10000

28.6. EU- Delegation in Dili, 1 Toter bei Demonstrationen

12.7. Massenflucht aus Osttimor von 20000 bis 50000 wegen Anti-Indonesischen Riots

Aug 98 Habibie schlägt Autonomie vor

12.9. Plünderungen von Zwiebelfelder und Reislagern in Osttimor

11.10 Demo gegen die Drohung, alle Beschäftigten aus dem Öffentlichen Dienst zu entlassen, die für Unabhängigkeit sind

Mahidi-Miliz nach eigener Aussage Mitte Dezember gegründet. (SMH 6.2.)

23.11. Studidemo in Dili gegen Massaker in Alus, Süd-Osttimor

20.12. UN-Besuch, Demo für Unabhängigkeit. Marker (UN) stellt Autonomie-Angebot vor: 10 Jahre, währenddessen entschieden werden könne, ob Osttimor ein eigener Staat werde.

1999:

27.1. M. Carrascalao (UDT) sagt, Milizen kriegen Gewehre vom Militär (ST)

Mitte Januar: ETAN (East Timor Action Network) sagt später, sie hätten die UN seit Mitte Januar davor gewarnt, daß die Milizen die Unabhängigkeits-Wähler angreifen würden, falls die Abstimmung für Unabhängigkeit ausginge (CNN, 15.9.99)

28.1. Massaker in Suai, 22 Tote

6.2. Belo (Vertreter des Papstes in Osttimor) sagt, Bewaffnung käme vom Militär (TA)

4.3. Der australische Militärische Geheimdienst berichtet, daß die TNI mit den Milizen zusammenarbeitet und sie beschützt. (TA 11.9.)

11.3. Milizen haben 5000 Gewehre, auch Falintil kauft von Soldaten Gewehre für 15$US (TA)

11.3. Alatas, der indonesische Außenminister: „Wir wollen dieses Datum (Neues Parlament) nicht versäumen, Deshalb ist es im vitalen Interesse Indonesiens, daß es keine Verzögerung gibt" (CNN)

11.3. Howard dementiert, daß Truppen für die Versendung nach Osttimor vorbereitet werden (CNN)

Tausende von Lehrern haben Versetzung beantragt (ST, 12.3.)

5.4. Massaker in Liquisa: 24 bis 40 Tote in Kirche

---

[13]Die Abkürzungen der Quellen: CNN: Cable News Network; BBC: BBC News; LUSA: LUSA, Portugiesische Nachrichtenagentur; JP: The Jakarta Post; SMH: The Sydney Morning Herald; ST: The Straits Times; TA: The Age

Vorgänge in Indonesien sind kursiv gedruckt.

Milizendemo in Viqueque
8.4. Horta verlangt NATO-Einsatz wie im Kosovo (The Gazette Cedar Rapids, 9.4.)
16.4. Bundestagsdelegation verlangt „friedenserhaltende Mission der UN"
17.4. Bewaffnete Mlizendemo in Dili: 3000 Teilnehmer, mindestens 12 Tote (CNN)
18.4. „Zu fordern, die in Osttimor stationierten Sicherheitskräfte sollten für Ruhe und Ordnung sorgen, hieße den Bock zum Gärtner machen" (Watch Indonesia)
5.5. Abkommen zwischen Indonesien, Portugal und den UN über Autonomiestatut und über Befragung der Osttimoresen: Autonomie in Indonesien oder Unabhängigkeit. Dabei wird auch die Anwesenheit und Zuständigkeit der indonesischen Sicherheitskräfte zum ersten Mal „völkerrechtlich" anerkannt.
9.5. Riot bei Eintreffen des UN-Teams in Dili, Schießerei
10.5. Schießerei in Dili (20 Tote, darunter Sohn von M. Carrascalao)(CNN)
CNRT -Aufruf an „Jugend von Dili", ruhig zu bleiben
Annan will die Sicherheitslage dauernd überprüfen um zu entscheiden, ob weitergemacht wird (CNN)
19.5. UN entdeckt Trainingscamp; UN sagt, sie hätte Beweise dafür, daß die Milizen weitere Angriffe auf Zivilisten plane (CNN 20.5.)
27.5. Alatas sagt, „die Anstrengungen seines Landes wären umsonst gewesen, wenn sich die UN für eine Verschiebung der Abstimmung entscheiden würde" (TA, 28.5.)
28.5. Vendrell, hoher UN-Diplomat, warnt, daß die UN nicht in der Lage sein werden, die Abstimmung durchzuführen, wenn sich die Sicherheitslage nicht verbessern sollte.(CNN)
6.6. *Wahlen in Indonesien.* In Osttimor stehen 3 Milizenführer auf der Golkar-Liste.
18.6. Ian Martin (Leiter von UNAMET) verurteilt indonesische Streitkräfte wegen Teilnahme an Terrorismus und Menschenrechtsverletzungen. Er habe selbst gesehen, wie Milizen von einem ehemaligen Soldaten trainiert worden sind.(SMH 19.6.)
30.6. UN-Büros in Malina und Viqueque angegriffen
Verhandlungen zwischen Mlizen und Fretilin beendet. Ohne Ergebnis
2.7. UN evakuiert 6 Leute aus Liquisa, nachdem sie bedroht worden sind.(CNN)
3.7. *Wiranto (Chef der indonesischen Streitkräfte) warnt vor „Spannungen" um die Sitzung des neuen Parlaments. Er will 21000 Mann auffahren (ST 3.7.)*
9.7. Erste Verschiebung der Befragung
Pro-Indonesische-Flüchtlinge in West Timor
Milizen beherrschen Liquisa, Ermera, Bobonaro. Dort 60000 in Lagern
9.7. UN rufen zu einem Treffen über Nach-Wahl-Gewalt, hohe UN-Beamte fordern Friedenstruppen, um Revanche der Mlizen zu verhindern. Basilio, Chef einer der Mlizen sagt, sie würden als Guerrilla in die Berge gehen.(SMH)
17.7. *Wahlen in Indonesien: Zahlen aus allen Provinzen endlich in Jakarta. Ergebnis noch nicht amtlich. In Osttimor gewinnt Golkar 3 von 4 Sitzen*
28.7. Zweite Verschiebung der Abstimmung
1.8. In Dili wird das Haus eines Milizionärs von Menschenmenge angegriffen und angezündet
3.8. *Habibie erklärt die Wahlen für gültig*

18.8. Verletzte bei Milizendemo
22.8. Eine US-Kongress-Delegation wird von UN-Mitarbeitern darüber informiert, daß sie davon ausgehen, daß die Milizen moderne Waffen besitzen und einen „vollen" Krieg anfangen werden, wenn sie verlieren. Die Delegation verlangt bewaffnete Friedenstruppen. (ST, 23.8.)
24.8. Pro -Indonesische Demo in Dili
25.8. Unabhängiskeits-Demo in Dili, sehr groß
30.8. Abstimmung, einigermaßen friedlich
1.9. Milizen übernehmen einige Städte, UN-Mitarbeiter getötet
3.9. Bekanntgabe des Ergebnisses
Indonesisches Militär bereitet sich auf Evakuierung von 250000 vor (ST)
6.9. Kriegsrecht.
Evakuierung UN-Helfer, Mitarbeiter
Alarmbereitschaft bei australischen Truppen in Darwin
Anf. September: Ein Berater Gusmaos sagt, es sei die wichtigste Aufgabe derzeit, die Falintil zum Stillhalten zu überzeugen, das sei aber sehr schwierig (taz, 9.9.)
10.9 Nur noch 80 UN-Leute, Milizen dringen auf Gelände vor
Soldaten bringen 4 Falintil-Mitglieder bei Schußwechsel um (JP, 11.9.)
11.9. UN-Delegation in Dili - 200000 seien in den Bergen um Dili und 100000 nach Westtimor vertreiben, so die UN (BBC, 12.9.)
12.9. Indonesien akzeptiert UN-Truppen
13.9. Ian Martin (Leiter von UNAMET) gibt zu, daß das Blutbad vorhersehbar war. Andere Offizielle von UNAMET sagen, sie hätten mehrfach vor dem gewarnt, was dann passiert ist. Tägliche Berichte seien ignoriert worden. „Wir haben keine Antwort bekommen" (LUSA, 14.9.)
14.9. Schließung des UN-Geländes, Flüchtlinge werden evakuiert
15.9. *Auseinandersetzungen zwischen antiaustralischen und anti-Notstandsgesetz-Demos in Jakarta*
17.9. Abzug Indonesischer Truppen beginnt
Australien schließt wegen Protesten Vertretungen in Balikpapan und Surabaya
19.9. Fretilinführer ist entsetzt, daß sich die Hochkommissarin der UN für Flüchtlinge, Sadako Ogata, von einem Milizenchef in die Lager begleiten läßt. (LUSA, 20.9.)
Vorhut der InterFET landet auf dem Flughafen von Dili
21.9. *Schüsse auf australische Botschaft in Jakarta und Erstürmung des Konsulats in Medan durch Demonstranten*
Friedenstruppen verhindern Plünderung eines Reislagers durch hungrige Osttimoresen (CNN, 22.9.)
Belo verlangt Intervention in Westtimor (ST, 22.9.)
23.9. *Bei Straßenkämpfen gegen die Verabschiedung des neuen Notstandsgesetzes werden in Jakarta 5 Menschen getötet. Weil die Demos weitergehen, setzt Habibie das Gesetz vorerst nicht in Kraft*
26.9. *Der IWF beklagt die schleppende Aufklärung des Bank-Bali-Skandals und friert seine Beziehungen zur indonesischen Regierung vorübergehend ein.*
28.9. *Bei fortgesetzten Protesten gegen das Notstandsgesetz wird in Bandar Lampung,*

Sumatra, ein Student erschossen
30.9. Das UN World Food Program stellt den Abwuf von Keksen über den Bergen von Osttimor ein, weil diese nicht nur ein Kind erschlagen haben, sondern wegen falscher Zusammensetzung die Leute auch krank machen.
Der australische Verteidigungsminister warnt davor, daß die InterFET auch Westtimor betreten würde, wenn notwendig (LUSA)
1.10. *Weitere Proteste in vielen Städten gegen das Militär und die Notstandsgesetze*
2.10. Erfolgloser Versuch von InterFET, Kämpfer der Falintil zu entwaffnen
3.10. Abkommen zwischen Indonesien und UN über Rückführung der Flüchtlinge aus Westtimor.
6.10. Schießerei zwischen InterFET und Millizen; zwei Millizionäre getötet
10.10 An der Grenze zu Westtimor wird ein indonesischer Grenzpolizist von InterFET erschossen
12.10. *Indonesische Politiker aus allen Fraktionen fordern das Militär auf, die Grenze besser zu sichern: „Wenn sie indonesisches Gebiet betreten, sollten wir sie angreifen" (Amien Rais, Oppositionspolitiker)*(Indonesian Observer, 12.10.99)
12.10. Wiranto schlägt bessere Kooperation zwischen Indonesien und der InterFET vor und kündigt die Entwaffnung der Milizen in Westtimor an.
13.10. UN-Sprecher Michel Barton: „Wir glauben nicht, daß Menschen zu Tausenden umgebracht worden sind." (ST, 14.10.)
20.10. Indonesien erkennt Unabhängigkeit Osttimors an.
Wahl Abdurahman Wahids zum neuen Präsidenten. Wütende Demos in vielen Städten.

Karl Eugen, Ludwigshafen, 1.11.99

Asienkrise vorbei?
Brief aus Thailand

Obwohl etliche Experten, vom IWF bis zu den Wirtschaftsfachleuten der Regierung, behaupten, daß die Wirtschaftskrise in Thailand vorbei ist, sieht die Situation in Wirklichkeit völlig anders aus. Wenn man den Aktienindex oder den Wechselkurs nimmt, scheinen die Dinge nicht so schlecht zu stehen, aber dies sind kaum Indikatoren für echtes Wirtschaftswachstum. Vom Standpunkt der Mainstream-Ökonomie zeigen Investitionsniveau, Exporterträge und Inlandskonsum wesentlich besser, ob die Krise jetzt vorbei ist, oder nicht. Die Zahlen für diese Faktoren müßten erst noch deutliches Wachstum vorweisen. Aber viel wichtiger ist, wie sich die Krise auf das Leben der ganz normalen arbeitenden Bevölkerung auswirkt (etwas, was Mainstream-Ökonomen niemals in Betracht ziehen).

Einige Schätzungen geben die Zahl der Arbeitslosen mit 3-4 Millionen an. Aber da es keine Arbeitslosenunterstützung und Sozialleistungen nur ansatzweise für einen kleinen Teil der Arbeiter gibt, sind solche Arbeitslosenzahlen in der Regel bedeutungslos. Wichtiger ist der Rückgang der Standards und des Einkommens bei der Arbeit. Weil es keine Arbeitslosenunterstützung gibt, müssen die Leute jeden schlechtbezahlen Gelegenheitsjob machen, den sie finden können. Es gab einen bedeutenden Rückgang der Beschäftigungsstandards sowohl in städtischen, als auch in ländlichen Gegenden, aber besonders in den Städten. Das hat dazu geführt, daß mehr Kinder die Schule verlassen müssen, weil die Eltern sie nicht länger unterstützen können.

Vor der Krise war Thailand bezüglich der ungleichen Reichtumsverteilung in der Gesellschaft das fünftungleichste Land auf der Welt. Die Krise hat die Einkommensverteilung noch ungleicher gemacht. Es ist nicht schwer zu erkennen warum. Die Regierung hat die meisten Schulden reicher Privatleute verstaatlicht, die bei Aktien- und Immobilienspekulationen entstanden sind. Notleidende Kredite, die sich im Bankenwesen aufgehäuft hatten, wurden mit öffentlichen Geldern übernommen. Aber die Reichen bezahlen kaum Steuern und so fällt die Steuerlast auf die arbeitende Bevölkerung. Im Wesentlichen haben die Reichen ihre Schulden auf die Armen übertragen. Darüber hinaus versucht die Regierung mit Hilfe des IWF die thailändische Wirtschaft zu restrukturieren. „Restruktur-

ierung" bedeutet hier die Zerstörung von Arbeitsplatzgarantien und -standards durch die Privatisierung von Staatsunternehmen und „Reformen" im Öffentlichen Dienst. Natürlich reden auch die Chefs der Privatwirtschaft über die Notwendigkeit von Kostensenkungen bei den Löhnen.

Die Tragödie besteht darin, daß die Linke wenig bis keine Antwort darauf gefunden hat. Traditionell wird die Linke in Thailand von nationalistischen und klassenkollaborationistischen Gedanken dominiert, ein Erbe der stalinistischen Kommunistischen Partei Thailands. Angesichts des Falls der Berliner Mauer kapitulierte die traditionelle Linke und die Bewegung der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) vor rechten Gedanken. Es gibt viel Geschwätz über die Wichtigkeit der Mittelschicht und der Zivilgesellschaft. Es gibt viel Geschwätz über Nationalismus und die Notwendigkeit die Rolle des Staats gemäß neoliberaler Grundsätze zu reduzieren. Fort ist jeglicher Gedanke an Klassengrenzen. Stattdessen befürworten Aktivisten die „Rückkehr" zu ländlicher Subsistenzwirtschaft. Dies stellt sich als Vorschlag an Dorfbewohner heraus, kleine Geschäfte aufzumachen. Keine dieser Ideen richtet sich an die 60% der thailändischen Bevölkerung, die entweder städtische Arbeiter (blue collar oder white collar) oder arme landlose Dorfbevölkerung ist.

Notwendig ist der Wiederaufbau einer marxistischen Strömung, die sich auf Klassenfragen beziehen und einen städtischen Arbeiterkampf führen kann. Eine kleine Gruppe von Arbeiteraktivisten um die Zeitung *Arbeiterdemokratie* hat begonnen, sich dieser Aufgabe zu stellen. Es gibt auch vereinzelte Gruppen von ehemaligen KP-Mitgliedern, die wegen der Krise wieder aktiv geworden sind und versuchen, einen Weg nach vorne zu finden.
Hinsichtlich des offenen Klassenkampfs ist in Thailand in den letzten zwei Jahren wenig passiert. In Zeiten der Wirtschaftskrise, wenn die Leute Angst um ihre Jobs haben, ist das ganz normal. Es gab jedoch eine kleine Auseinandersetzung bei einer Triumph-Unterwäschefabrik, die eine Ahnung davon zeigt, was in der thailändischen Arbeiterklasse erreicht werden kann. Zum ersten Mal seit vielen Jahren gab es eine industrielle Auseinandersetzung ohne Hilfe der NGOs von außen, ohne „Kindermädchen". Hohe Gewerkschaftsvertreter und NGO-Aktivisten wurden aus dem Streikkomitee ausgeschlossen. Arbeiterinnen von der Basis führten ihren eigenen Streik, auf von Grund auf demokratische Weise. Obwohl der Streik nicht alles erreichte, was die Arbeiterinnen wollten, setzten sie immerhin eine 6% Lohnsteigerung durch und machte sichtbar Eindruck

bei verschiedenen Regierungsfunktionären. Ein hoher Polizeichef gab die Bemerkung von sich, „dies war ein professionell geführter Streik, sie müssen jemanden hinter sich gehabt haben". Die thailändische herrschende Klasse verachtet die Arbeiter. Es käme ihnen niemals in den Sinn, daß einfache Arbeiter, besonders Frauen, einen Streik selbst führen können.

Ji Giles Ungpakorn
Bangkok, Thailand, 23.8.99

Buchtip
Thailand: Klassenkampf in einer Zeit der Wirtschaftskrise

Über Thailand sind, u.a. wegen der Sprachbarriere, nicht leicht Informationen zu kriegen. Schon gar nicht Berichte, die einen politischen Blick „von unten" her bieten. Das allein wäre Grund, das im Februar 99 erschienene Buch von Ji Giles Ungpakorn über die moderne thailändische Arbeiterklasse in den späten 90ern zu empfehlen. Das Buch enthält einen kurzen Abriß der thailändischen Geschichte und der Rolle der Arbeiterklasse darin. Leider hält er die sonstige Betonung der entscheidenen Rolle der Arbeiterklasse gerade in der kurzen Darstellung der Wirtschaftskrise nicht durch - die ist auch bei ihm nicht viel mehr als ein Nichtfunktionieren des Systems zugunsten der Kapitalisten. Dennoch schildert der Autor ArbeiterInnen nicht als Opfer der Wirtschaftskrise. Sondern verweist auf die Stärken und Schwächen der gegenwärtigen Arbeiter und vor allem Arbeiterinnen. Er berichtet über die verschiedenen Organisationen wie Gewerkschaften und wohlmeinende NGOs, die die Zurückhaltung ihrer Klientel und deren Verbundenheit mit thailändischem Nationalismus organisieren. Er berichtet vor allem über die Kämpfe und ihre Protagonisten selber, und das macht das Buch weit über das eingeschränkte Thema „Thailand" hinaus zu einem beachtenswerten Diskussionsbeitrag über die Zukunft des Klassenkampfs. Er stellt uns Bankangestellte, Metallarbeiter, Textilarbeiterinnen vor mit ihrem persönlichen Werdegang und ihren Kampferfahrungen.

Ji Giles Ungpakorn
Thailand: Class Struggle in an Era of Economic Crisis
Published by Asia Monitor Resource Center,
8B, 444 Nathan Road, Kowloon,
Hong Kong
amrc@pacific.net.hk
http://is7.pacific.net.hk/~amrc/
120 Pages, US$ 20

Daraus entnommen:

Soziale Reform oder Soziale Revolution

ArbeiterInnen, Gewerkschaften, NGOs

Es ist nicht überraschend, daß man bei der Betrachtung der reformistischen und der revolutionären politischen Tendenzen in Thailand feststellt, daß die reformistische Tendenz in der Arbeiterklasse die bei weitem stärkere ist. Im Westen wird der Reformismus in der Arbeiterklasse gewöhnlich von Labour- oder sozialdemokratischen Parteien repräsentiert. In Thailand sind jedoch alle gegenwärtigen politischen Parteien mit der Kapitalistenklasse verbunden. Der thailändische Reformismus wird organisatorisch von verschiedenen „Nichtregierungsorganisationen" (NGOs) repräsentiert, die sich mit Arbeiterproblemen beschäftigen. Diese NGOs haben bedeutenden Einfluß auf die Politik der Gewerkschaftsführer.

Solche Labour-NGOs sind zum Beispiel die *Arom Pongpangan Stiftung, Freunde der Frauen,* die *Gruppe Frauenförderung* oder die *Christlichen Jungen Arbeiter.* Die meisten von ihnen haben Verbindungen zu internationalen Organisationen wie zum *American Center For International Labor Solidarity* (AFL-CIO /USA) oder der *Friedrich-Ebert-Stiftung* (SPD /Deutschland). Alle diese Gruppen haben eine Reihe gemeinsamer Anschauungen. Sie unterstützen aktiv Gewerkschaften und Arbeiterkämpfe, solange die sich an die Gesetze halten. Einige dieser Organisationen sind reaktionärer als andere. Einer Broschüre in thailändischer Sprache vom AFL-CIO zu „Gewerkschaften" gelingt es, das Wort „Streik" völlig zu vermeiden. Wie Gewerkschaftsvertreter mit einer Geschäftsleitung verhandeln sollen, ohne die Möglichkeit eines Streiks, wird nicht erklärt.

Alle NGOs setzen sich öffentlich gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Unrecht aus Arbeitersicht ein, aber sie glauben fest daran, daß eine bessere Gesellschaft innerhalb

des bestehenden kapitalistischen Systems geschaffen werden kann. Sie behaupten, daß „Sozialismus und Marxismus" oder die Möglichkeit eines revolutionären Sturzes des Kapitalismus überholt seien. Der Fall des Stalinismus in Osteuropa und Rußland und der Zusammenbruch der stalinistischen Kommunistischen Partei Thailands werden dafür als Begründung genannt. In Wirklichkeit ist die KPT nie für die unmittelbare Überwindung des Kapitalismus in Thailand eingetreten. Sie verstand den Kampf als Kampf für die Schaffung einer kapitalistischen Demokratie aus einer „halbfeudalen, halbkolonialen" Gesellschaft.

Daß die NGO-Bewegung während und nach dem Zusammenbruch der stalinistischen KPen aufgeblüht ist, ist ein weltweites Phänomen, allerdings besonders häufig in Entwicklungsländern. Der Aufstieg der NGO-Bewegung repräsentiert eine Verschiebung von Klassenpolitik hin zur Politik fragmentierter Interessengruppen. Manchmal hängt das Wachstum der NGO-Bewegung vor allem mit der Unfähigkeit oder dem Fehlen politischer Parteien zusammen, die in der Lage sind, Forderungen der Armen aufzunehmen. Andererseits können die NGO-Aktivitäten ihrerseits zur Demobilisierung der Linken beitragen, indem Aktivisten aus den traditionellen Organisationen des Klassenkampfs zu sozialreformerischer Tätigkeit verleitet werden. In Thailand hat die NGO-Bewegung nach dem Ende der KPT-Revolte die Aura des Radikalismus geerbt.

Da die NGOs an die Reformierbarkeit des Kapitalismus glauben, sind sie sehr anfällig für liberale bürgerliche Ideen. Zum Beispiel unterstützten sie 1997 die neue Verfassung ohne größere Kritik, obwohl das Hauptziel dieser Verfassung die Schaffung politischer Stabilität zugunsten kapitalistischer Klassenherrschaft war. (...)

Obwohl die NGOs die der KPT unterstellten revolutionären Absichten, den Kapitalismus und den Staat zu stürzen, ablehnen, haben NGOs und KPT zwei Aspekte ihrer Ideologie gemeinsam. Zunächst einmal glauben sie, daß die ArbeiterInnen schwach sind und nur einen kleinen Teil der kämpferischen Massen ausmachen. Die KPT ignorierte die ArbeiterInnen weitgehend und organisierte bei den Bauern. Sie behauptete, ArbeiterInnen seien irrelevant. Die mit Arbeitern befaßten NGOs ignorieren die ArbeiterInnen selbstredend nicht, aber ihre Herangehensweise sieht ArbeiterInnen als Opfer, denen geholfen werden muß.

NGO-Aktivisten sind auch als „Pi-lieng" (ältere Geschwister oder Kindermädchen) bekannt. Diese Kindermädchen helfen den kindlichen Arbeitern dabei, Gewerkschaften zu organisieren, ihre gesetzlichen Rechte kennen zu lernen und sich bei Arbeitskämpfen ordentlich zu benehmen. Wenn es in einer Firma zu einem Konflikt kommt, werden NGO-Kindermädchen zu den Streikzelten der ArbeiterInnen vorm Fabriktor geschickt. Manchmal werden rebellische ArbeiterInnen wie Kinder ausgeschimpft und die, die dann immer noch nicht auf ihre NGO-Kindermädchen hören, im Stich gelassen. Oder schlimmer noch, sie werden isoliert und man duldet es, daß sie von der

Geschäftsleitung bestraft werden, während sich die NGOs auf brävere ArbeiterInnen konzentrieren. Ein deutliches Beispiel ereignete sich 1998 beim Arbeitskampf bei Par Garment. Der Vertreter der Christlichen Jungen Arbeiter beschwerte sich über das „Problem", daß einfache Arbeiterinnen Druck auf örtliche Gewerkschaftsführer machten, den Kampf militanter zu führen. Die „Lösung" bestand darin, daß die meisten ArbeiterInnen von den Streikposten nach Hause geschickt wurden, um den Kampf von einer Handvoll Gewerkschaftsfunktionären fortsetzen zu lassen. Das führte unvermeidbar in eine Niederlage. Nach der Übereinkunft über die Rückkehr zur Arbeit wurden militante Gewerkschafter bestraft und diejenigen, die sich der Linie der NGO nicht untergeordnet hatten, wurden im Stich gelassen.
Solche NGO-Aktivitäten führen zwar zur Gründung von mehr Gewerkschaften mit besser geschulten Aktivisten, aber sie fördern auch die Abhängigkeit der ArbeiterInnen von den NGOs. Das paßt genau zu den institutionellen Bedürfnissen der NGOs, weiterhin ihre Tätigkeit auszuüben und weiterhin finanzielle Unterstützung (meist aus dem Ausland) zu erhalten. Eine NGO, die die ArbeiterInnen dazu agitiert, selbst aktiv zu werden und selbst die Führung des Kampfes zu übernehmen, riskiert es, überflüssig zu werden, da dann die ArbeiterInnen keine „Kindermädchen" mehr brauchen. Es ist außerdem recht zweifelhaft, ob eine solche NGO finanzielle Unterstützung von ausländischen Regierungen oder Institutionen bekommen würde.
Die zweite ideologische Position, die die NGOs mit der KPT teilen, ist der Nationalismus. Der thailändische Nationalismus ist eine sehr starke Tendenz in der Arbeiterklasse. Sowohl die herrschende Klasse als auch die KPT haben den Patriotismus gefördert. Der 1.Mai ist nicht als „internationaler", sondern als „Nationaler Tag der Arbeit" bekannt. Von Seiten der Gewerkschaften gab es kaum kritische Bemerkungen zur rassistischen Politik der Regierung. Diese hat während der Krise Burmesen, Kambodschaner und Laoten deportieren lassen, um „das Problem der Arbeitslosigkeit zu bekämpfen". Natürlich hatte diese Politik keinerlei Auswirkungen auf die Arbeitslosenzahlen. Denn die ausländischen ArbeiterInnen sind verzweifelt genug, um schmutzige, gefährliche und sehr schlecht bezahlte Jobs auf thailändischen Fischereiflotten und in Reismühlen anzunehmen - etwas, was thailändische ArbeiterInnen versuchen zu vermeiden. Diese rassistische Maßnahmen führten nur dazu, daß ausländische ArbeiterInnen noch mehr ausgebeutet und benachteiligt werden. Man muß anerkennen, daß einige NGOs Widerspruch gegen die Diskriminierung ausländischer ArbeiterInnen erhoben haben, aber das hatte keinen Einfluß auf die meisten Gewerkschaftsführer.
Die NGOs reden über Nationalismus und über die „nationalen Interessen" meist im Zusammenhang ihrer Opposition gegen den IWF und gegen fremdes Kapital. Diese Position kann am besten erklärt werden, wenn wir einen Blick auf die Strömungen des „linken Nationalismus" im heutigen Thailand werfen. (...) ■

Im letzten Zirkular haben wir einen Artikel über die Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Zeitarbeitsfirmen veröffentlicht, die für die Expo 2000 in Hannover extra einen Tarifvertrag abgeschlossen haben, damit die dort 7.000 benötigten Arbeitskräfte keinen unvorhergesehenen Ärger machen ... Inzwischen gibt es eine weitere

Gewerkschaftliche Absegung für die Ausbeutung durch Sklavenhändler

Am 1. Juli 99 trat ein Tarifvertrag zwischen der IG Metall und den Firmen BSK, Timeflex und Top, alles Tochterunternehmen der holländischen Start Holding, in Kraft. Diese drei Unternehmen beschäftigen ungefähr 1600 ArbeiterInnen. Beide Seiten feiern diesen Vertrag mit großem Presseaufwand als Durchbruch gegen das „Schmuddelimage" der Branche.

Die IG Metall brachte es in ihrer Monatszeitschrift so auf den Punkt: „Zeitarbeit poliert den Ruf". Anzeigen von BSK und Timeflex, die jetzt mit dem Zusatz „Wir bieten Ihnen: IG Metall-Tarifvertrag" werben, „motivieren auch Arbeitssuchende, für die Leiharbeitsfirmen bisher tabu waren". Diese Einschätzung trifft sich mit dem Interesse der entsprechenden Leiharbeitsfirmen, in Tarifverträgen Mindestbedingungen (die noch nicht mal viel kosten!) festzuschreiben, um „bessere Arbeitsqualität be den Entleihfirmen abliefern zu können", wie der weitsichtige Geschäftsführer der Start Holding auf einer Pressekonferenz erklärte. Er weist auch noch auf einen anderen wichtigen Zusammenhang hin: „Gehen wir davon aus, daß in den Unternehmen die Betriebsräte den Einsatz von Leihpersonal mitentscheiden, dann kommt es hier auf die Empfehlung durch die Gewerkschaften an".(alle Zitate aus „metall" 7 und 8/99)

Welcher Betriebsrat einer Entleihfirma will noch Bedenken gegen die Rekrutierung von LeiharbeiterInnen anstelle von direkten befristeten oder festen Einstellungen in seiner Firma anmelden, wenn ihm ein Tarifvertrag mit der IG Metall vor die Nase gehalten werden kann?

Zusätzlich haben einige größere Sklavenhändler längst begriffen, daß es für sie langfristig günstig ist, sich auch selber einen Betriebsrat zu halten, denn der Aufschwung in ihrer Branche (1998 mit ungefähr 400.000 Leiharbeitern immerhin 20 Prozent mehr als noch 1997) birgt auch Gefahren in sich: Leiharbeiter bewegen sich inzwischen eben nicht nur vereinzelt in den Entleihbetrieben, sondern oft auch in größeren Gruppen. Die Möglichkeit, in dieser Situation miteinander in Kontakt zu kommen, sich über die gemeinsame Lage zu verständigen, zusammen Forderungen zu stellen, kann durchaus gefährlich werden.

Tarifvertrag und Betriebsrat sind der Versuch, nach klaren Regeln die kleinen und größeren Wehwehchen der Beschäftigten und vor allem Ansätze von Gegenwehr

in vorgegebenen Bahnen zu regulieren. Außerdem macht sich ein Betriebsrat gut, der in der Firmenwerbung die Vorzüge seines Unternehmens anpreist... Bei der letzten Zeitarbeitsmesse im Kölner Arbeitsamt, auf der ca 20 Sklavenhändlerfirmen für ihre Jobs werben und rekrutieren durften, hatte z.B. BSK auch ihre Betriebsräte aufgeboten, um den arbeitslosen MessebesucherInnen ihre Firma näherzubringen. Die Gewerkschaften versuchen mit den Tarifverträgen Einfluß in dieser wachsenden Branche zu gewinnen und Mitglieder zu werben, denn die Verträge gelten nur für solche.

Absicherung der beschissenen Bedingungen für LeiharbeiterInnen per Tarifvertrag

Ein Blick in den vielgepriesenen neuen Tarifvertrag zeigt, daß er in keiner Weise die grundsätzlichen Sonderbedingungen der Leiharbeit antastet, sondern nur die gängige Praxis in dieser Branche vertraglich reguliert:

Die PR-Abteilungen der beteiligten Unternehmen und der IG Metall weisen ständig auf den sogenannten Ecklohn von 17,30 DM hin. Dabei handelt es sich um die Hauptstufe der Lohngruppe 5 (von insgesamt neun Lohngruppen), die für erfahrene Facharbeiter mit Brief gilt. In Wirklichkeit erreichen höchstens 50 Prozent der ZeitarbeiterInnen diesen Lohn. Für die „Ungelernten" geht es nur um die Einstufung in die jeweilige „Eingangsstufe" einer der ersten drei Lohngruppen. Dort bleibt man für mindestens drei Monate (möglicherweise aber auch für die gesamten sechs Monate der Probezeit).

Im Fall des neuen Tarifvertrages geht es für die meisten ArbeiterInnen also um einen Stundenlohn von 13,15 DM in der Lohngruppe 1 (für alle Produktions- und Montagehelfertätigkeiten), 13,97 DM in der Lohngruppe 2 (z.B. für Lagerarbeiter und Staplerfahrerinnen) und 14,49 DM in der Lohngruppe 3 (z.B. für „geschulte TelefonistInnen" im „Call-Center").

Schon die „Hauptstufe" der jeweiligen Lohngruppe (da gibt es jeweils ca. 80 Pfennig mehr in der Stunde) ist für die Mehrheit der ArbeiterInnen unerreichbar: Denn nach Untersuchungen der Bundesanstalt für Arbeit werden durchschnittlich 70 Prozent der ArbeiterInnen von den Sklavenhändlern spätestens nach drei Monaten wieder rausgeschmissen bzw oder verabschieden sich von selber, wenn sie von den Segnungen der Zeitarbeit die Schnauze voll haben, weitere 20 Prozent sind nach maximal einem Jahr wieder weg.

Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld, von der IG Metall stolz als Errungenschaft präsentiert, werden die allermeisten LeiharbeiterInnen niemals zu sehen bekommen, denn diese beiden Leistungen gibt es laut Tarifvertrag erst nach sechsmonatiger Betriebszugehörigkeit.

Der jährliche Urlaubsanspruch von vier Wochen, ebenfalls einer der „Eckpunkte" des Vertragswerkes, entspricht genau der Minimalregelung, die im Bundesurlaubsgesetz

vorgesehen ist.

Sämtliche Flexibilisierungsmöglichkeiten der Leiharbeit, die durch das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) geregelt und mit seiner Liberalisierung seit 1997 verschärft worden sind, werden durch den Tarifvertrag überhaupt nicht angetastet: die ArbeiterInnen können weiter jeden Tag woandershin abkommandiert werden, ihre Arbeitszeiten können täglich wechseln, in den „verleihfreien Zeiten" gelten die niedrigen Grundlöhne, der Arbeitsvertrag kann von vornherein auf einen einmaligen Verleih befristet werden.

Die ArbeiterInnen in den Entleiherfirmen werden mit KollegInnen konfrontiert, die zu noch schlechteren Bedingungen als sie selber malochen müssen. Das alles jetzt auch mit der höheren Weihe von Gewerkschaft und Betriebsrat. Auf diese Weise soll den „StammarbeiterInnen" suggeriert werden, daß sie keine Ansprüche mehr anzumelden haben, wenn neben ihnen jemand steht, der 30 Prozent weniger verdient. Zusätzlich sollen mit LeiharbeiterInnen die berühmten „Auftragsspitzen" abgefangen werden. Aus Sicht der „Stammbelegschaft" heißt das, sie arbeiten ständig am Anschlag, denn es gibt keine festen Personalreserven mehr.

Solche Tariflöhne machen besondere Niedriglohnsektoren überflüssig

Laut IG Metall wirken Tarifverträge mit Zeitarbeitsfirmen „der Diskussion um Niedriglohntarife entgegen und helfen, den ersten Arbeitsmarkt zu stabilisieren". Recht haben sie: wer, wie die Gewerkschaft, niedrige Löhne immer mehr zum Normalfall des Arbeitsmarktes macht, braucht sich nicht mehr um Spezialtarife auf zweiten oder dritten Arbeitsmärkten zu sorgen. Außerdem kann sich ein Stundenlohn von 13,15 DM im Vergleich mit dem Gewerkschaftstarif z.B. in der Gastronomie durchaus sehen lassen.

Auch so manche „normale" Regelung im Manteltarifvertrag der Metallbranche bieten den Unternehmen z.B. eine variable Gestaltung der Arbeitszeit zwischen 29 und 50 Stunden, und für 18 Prozent der Beschäftigten kann die Arbeitszeit dauerhaft auf 40 Stunden pro Woche ausgedehnt werden. „Härtefallklauseln" in den neuen Bundesländern wurden bereits von über 100 Unternehmen „zu einem befristeten Abweichen von Tarifstandards genutzt". Auch im Westen gibt es eine „allgemeine Öffnungsklausel", die in „Krisensituationen des Unternehmens" (!) „UntertarifEntgelte" vorsieht (alle Angaben nach einer Untersuchung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichem Institut des DGB, laut Frankfurter Rundschau vom 20.8.99).

Leiharbeit kann also inzwischen nur deshalb als etwas relativ „Besseres" im Vergleich zu früheren Zeiten angesehen werden, weil die Bedingungen der „Normalarbeitsverhältnisse" immer beschissener werden.

N, 11.10.99

Leserbrief zur Beilage im letzten Zirkular

Gedanken zu Gilles Dauvé „Kommunismus und Kapitalismus“

1. Geschichtlicher Determinismus

Dauvé koppelt die Möglichkeit des Kommunismus an ein bestimmtes Entwicklungsniveau der Produktivkräfte, unterhalb dessen sich der Kommunismus nicht verwirklichen läßt. Diese Entwicklung erhält bei ihm eine geschichtliche Notwendigkeit, da er sie zur Voraussetzung des Kommunismus macht. So schleicht sich bei ihm auf einem Umweg das zuvor kritisierte Verständnis von Geschichte wieder ein.

„(...) Aber es ist genauso wie mit der Entstehung des Tausches: der Aufstieg des Kapitals ist kein Resultat einer Entscheidung oder eines Plans, sondern die Folge wirklicher gesellschaftlicher Verhältnisse (....).“ (S. 21)

Zunächst spricht auch er davon, daß die Menschen ihre Geschichte selbst machen, wenn auch unter vorgefundenen Umständen. Von diesen vorgefundenen Bedingungen wird das Handeln der Menschen natürlich eingeschränkt, aber eben nicht auf diese beschränkt. Dadurch erhält Geschichte erst ihren prinzipiell offenen Charakter, der auch die Möglichkeit zur Revolution begründet. Deshalb gerät seine Argumentation in einen Zwiespalt: die Menschen machen ihre Geschichte selbst und ohne ein *a priori* bestimmtes Resultat; dennoch beharrt Dauvé auf der Notwendigkeit einer bestimmten gesellschaftlichen Entwicklung, die er von heute aus als solche erkennen kann, in der konkreten historischen Situation allerdings vollkommen offen war. Gerade dies unterstellt aber die Sicht Dauvés: was geschehen ist, war das einzig mögliche. So verklärt Dauvé die kapitalistische Entwicklung zur notwendigen Vorgeschichte.

2. Produktivkräfte, technischer Fortschritt

Im Kontext der potentiellen Abschaffung von Arbeit im Zuge der enormen gesellschaftlichen Produktivitätsteigerung besitzen seine Überlegungen, die er in „Leninismus und Linkskommunismus“ anstellt, eine andere Qualität. Dort bezieht er sich stark auf das „Fragment über die Maschinen“ in den *Grundrissen.* Dies sind jedoch zwei völlig voneinander getrennte Gedankengänge. Es ist ein Unterschied, ob man die Möglichkeiten kennzeichnet, die das jetzige Niveau

der Produktivkräfte eröffnen, oder ob man einen Determinismus ableitet und sagt, es hat so kommen müssen, damit wir überhaupt über Kommunimus reden können.

Der dem Kapitalverhältnis innewohnende Widerspruch, *„daß es die Arbeitszeit auf ein Minimum zu reduzieren sucht, während es andererseits die Arbeitszeit als einziges Maß und Quelle des Reichtums setzt" (Grundrisse, S. 593)*, reduziert die notwendige Arbeitszeit auf ein Minimum und setzt gleichzeitig ein Übermaß an disponibler Zeit frei. Was dies für das Verhältnis von Freiheit und Notwendigkeit in einer komminstischen Gesellschaft bedeuten würde, liegt auf der Hand.

Diese richtigen und wichtigen Überlegungen über das Verhältnis von Zeit, materieller Reproduktion und Selbsttätigkeit im Kommunismus rechtfertigen jedoch nicht die Apologetik der kapitalistischen Entwicklung, wie sie Dauvé betreibt. Er mißt die technischen Möglichkeiten stets im Verhältnis zu dem, was er unter Kommunismus versteht und welche Möglichkeiten sie in einer kommunistischen Gesellschaft schaffen würden. Die Gewaltförmigkeit des technologischen Wandels und die stattfindende Enteignung der Subjekte interessieren ihn nicht. Seine Äußerungen erinnern eher an Lenin.[1] Gerade deshalb ist eine Kritik der Behauptung von Notwendigkeit auch so wichtig. Schließlich ist dieser Terminus in der marxistischen Theorie kein unbeschriebenes Blatt. Die nachholende Industrialisierung Rußlands und die Niederschlagung der Bauern- und Arbeiterrevolten wurde von Lenin mit einer geschichtlichen Notwendigkeit begründet. Den „Überbau" lieferte dazu ein zum wissenschaftlichen Dogma verdinglichter Marxismus, der jedes kritischen Gehaltes beraubt wurde und zur exakten Vorhersage der geschichtlichen Entwicklung stillgelegt wurde.

Noch in der avanciertesten Form der Kritik am traditionellen Marxismus existiert eine Gemeinsamkeit mit der Marxorthodoxie. Eine Kritik der kapitalistischen Technologie scheint mir da angesagter als das Fabulieren von produktiver Vergesellschaftung durch das Kapital. Der Mythos der Neutralität der Produktivkräfte feiert auf dem Grab einer „Ideologie namens Marxismus" (aus

---

[1] *„Staaten und Nationen waren notwendige Instrumente für die Entwicklung, nun sind sie rein reaktionäre Organisationen (...)"*; oder: *„Der Gegensatz zwischen Hand- und Kopfarbeit, zwischen Kultur und Natur hatte einen Sinn. Die Trennung zwischen einem, der arbeitete, und einem der die Arbeit organisierte, steigerte die Effizienz der Arbeit."* Um nicht mißverstanden zu werden: Dauvé ist bei weitem kein Leninist. Mir geht es nur um eine tendenzielle Ähnlichkeit an gewissen Punkten, die sofort ins Auge springen.

dem Vorwort) seine fröhliche Auferstehung. Dies sind theoretische Kapitulationen, von einem, der es eigentlich besser wissen müßte. Dauvés Ausschweifungen haben aber leider System. Unschwer läßt sich die zugrunde liegende Geschichtsphilosophie erkennen.

3. Die Vernunft des Kapitals

„Kommunismus bedeutet das Ende einer Reihe von Vermittlungen, die vorher notwendig waren (trotz des Elends, das sie mit sich sich brachten), um genug tote Arbeit zu akkumulieren, um die Menschen zu befähigen, ohne diese Vermittler zu handeln." (S. 32)

So wie Marx fest davon überzeugt war, daß die fortschreitende Verelendung auf der einen Seite und die zunehmende Organisierung, Schulung und Kampfstärke der Arbeiterklasse auf der anderen notwendig zu einer Revolution führen würde, so reproduziert auch Dauvé eine klassisch idealistische Vorstellung von Geschichte. Demnach bewegt sich diese auf ein im voraus bestimmtes Ziel hin. Ausgangspunkt ist die erste Natur – bei Dauvé die ursprüngliche Gemeinschaft. Von hier aus entwickelt sich Geschichte in einem ständigen, widersprüchlichen Voranschreiten, mit dem stets eine vernünftigere Einrichtung von Gesellschaft verbunden ist, aber auch der gesellschaftliche Antagonismus auf eine neue Stufe transformiert wird. Dieser lineare Prozeß ist jetzt am Ende. Der Kapitalismus dümpelt vor sich hin. Die fortschrittliche Rolle, die Dauvé ihm beimißt, ist nun einer rein parasitären Phase gewichen. Die Bedingungen für den Kommunismus sind vorhanden, dessen Verwirklichung stellt nur noch eine Zeitfrage dar. Die Entwicklung der Produktivkräfte haben die Möglichkeit einer wirklich vernünftigen Gesellschaft geschaffen, das Bewußtsein und Handeln der Subjekte muß nur noch nachziehen.[2]

Mit dem gleichen naturgesetzlichen Gang der Dinge geht die kommunistische Bewegung einher. Seiner Ansicht nach zwingen die Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft – Tausch und Lohnarbeit – einen großen Teil der Welt geradezu förmlich, gegen den Kapitalismus zu revoltieren und den Kommunismus

---

[2]Mich erinnert diese Rhetorik des „nur noch" oder „noch nicht" stark an Theoretiker der Gegenwart, an den „Kommunismus der Sachen" (Robert Kurz) oder die sich fröhlich selbstverwertenden immatriellen ArbeiterInnen von „wir leben schon im Kommunismus" Toni Negris. Mit dem Unterschied, daß Dauvé zeitlich um einiges voraus ist und auch sonst nicht viel mit einem Robert Kurz gemeinsam hat.

zu verwirklichen (S. 16). Die Motivation zur Revolte erhält bei ihm einen objektivierten, von den realen Subjekten unabhängigen Charakter. Subjektivität wird hier zu einem bloßen Spiegelbild des Zwangs der kapitalistischen Verhältnisse. Ich halte dies für eine Enteignung dessen, was Menschen wirklich zur Revolte antreibt. Den Zwang der Verhältnisse zu betonen, ist eine Sache. Diesen Zwang aber auch real zu erfahren und gegen ihn zu kämpfen eine andere.

Ich denke, der Fehler Dauvés ist, daß er die der kapitalistischen Entwicklung innewohnende Dialektik in seinem Text auseinanderreißt. Auf die Frage nach den realen Mystifizierungen der kapitalistischen Vergesellschaftung geht er nicht ein, obwohl er immer wieder die verschiedenen Formen des Kapitals als Ausdruck sozialer Verhältnisse betont. Diesem Problem entledigt er sich mit dem banalen Verweis, daß weil die Proletarierinnen die Verhältnisse produzieren, sie sie auch abschaffen können. Er stellt ständig die „vernünftige" Seite des Kapitals heraus, die in den Verhältnissen schlummernde Barbarei und Brutalität verschwindet hinter diesem Blickwinkel fast vollständig und wird von einem rührenden Geschichtsoptimismus kaschiert.

Der einzige Standpunkt, der eine derartig gestrickte Auffassung vertreten könnte, wäre der des realen Kommunismus. Dann hätte diese Entwicklung einen Sinn gehabt bzw., es fiele leichter, einen Sinn zu entdecken. Erst dann ließe sich von einer historischen Mission des Kapitals reden, wie dies Marx im Kommunistischen Manifest tut. So aber rechtfertigt Dauvé Millionen von Opfern, die in der langen und blutigen Geschichte des Kapitalismus auf seinen Altaren geschlachtet wurden und gibt ihnen auch noch einen Sinn. Spinnt man diese Denkfigur weiter, landet man bei utilitaristischen Konzepten, also in einer Ecke, in die Dauvé garantiert nicht hineinwollte. Hier wird klassisch geholzt: der Zweck heiligt die Mittel. Der Kommunismus, das Ziel der langen Etappe der Menschheitsgeschichte,verlangt seine Opfer. Unter das Allgemeine wird jedes besondere Moment subsumiert und verkommt lediglich zu kleinen Fußnoten der Geschichte. Gegen Dauvés Vorstellung ist das unbedingte Beharren auf einer negativen Dialektik zu setzen, die die Möglichkeit und vor allem die Notwendigkeit des Kommunismus nicht liquidiert, sich jedoch konsequent gegen eine geschichtliche Notwendigkeit im positiven wie im negativen Sinne stellt (also auch kein „Grand Hotel Abgrund" der Herren Horkheimer/Adorno).

4. Gemeinschaft – Volksgemeinschaft

Gerade weil er einem spezifischen Verständnis von Geschichte anhängt, kann er dem Nationalsozialismus und der Vernichtung der europäischen Juden keinerlei besondere Bedeutung beimessen, sondern ihn in einem allgemein notwendigen Elend untergehen lassen. Eine Konfrontation mit dem einmaligen Geschichtsverbrechen Auschwitz und mit der diesem zugrundeliegenden gesellschaftlichen Dynamik würde nämlich zentrale Momente von Dauvés Text in Frage stellen. Auschwitz ist das Ende einer Geschichtsauffassung, wie sie Dauvé vertritt. Wenn man wie er davon ausgeht, daß mit der Entwicklung von Gesellschaft auch die Verhältnisse und damit auch die Menschen vernünftiger werden, so beweist der Nationalsozialismus das absolute Gegenteil. Statt der Aufhebung des Kapitalismus und der kommunistischen Revolution (von der man in den 20ern und 30er Jahren noch felsenfest überzeugt war), versank die bürgerliche Gesellschaft in der absoluten Barbarei. Der Prozeß der Vergemeinschaftung, den Dauvé als Inhalt der kommunistischen Bewegung faßt, wurde im Nationalsozialismus durch den Antisemitismus negativ aufgehoben. In der Vernichtung des im „Juden" personifizierten Übels, der für die abstrakten Seiten des Kapitalismus steht: für den Markt, die Börse, aber auch für die Gefahr der kommunistischen Revolution, materialisierte sich die Gemeinschaft der werteschaffenden, nur noch hart für den Gemeinnutz arbeitenden Volksgenossen. Die konkrete Arbeit wurde dabei zur vollkommenen Positivfolie, die endgültig von der Tyrannei des Abstrakten befreit werden sollte. Der NS hatte seinen Ursprung im krisenhaften Kapitalismus, dessen Kriterien von Rationalität und Effizienz er zugleich ad absurdum führte. Für die Juden gab es kein Entrinnen aus der Vernichtungsmaschinerie, mochten sie sich auch noch so produktiv verhalten.

Die Möglichkeit des Umschlags des Kapitalismus im Medium der Krise in eine Volksgemeinschaft oder in andere identitäre Wahnkollektive reflektiert Dauvé überhaupt nicht.[3] Für ihn ist die Revolte, die gegen den Kapitalismus entsteht, automatisch eine fortschrittliche.

5. Kommunismus

„Der Kommunismus ist kein Programm, das man in die Praxis umsetzt oder andere dazu bringt, es in die Praxis umzusetzen, sondern eine gesellschaftliche Bewegung." (S. 14)

---

[3]Daß dies eine ganz realistische Option ist, zeigen die ethnischen Gemetzel z.B. in Ex-Jugoslawien oder in diversen Ländern Afrikas doch nur zu deutlich.

Gesellschaftliche Bewegungen drücken immer konkrete Bedürfnisse aus, die zur Revolte oder Revolution antreiben und die Unerträglichkeit der bestehenden Verhältnisse ausdrücken. Warum verallgemeinert Dauvé seine eigene Aussage nicht, sondern bindet dieses Bedürfnis nach Kommunismus an die Entwicklung der Produktivkräfte? Ist der Kommunismus gar ein Privileg des 20. oder 21. Jahrhunderts? Ich finde, dies transportiert eine gewaltige Ladung an Zynismus gegenüber den „lost causes" der Geschichte, der dem Gehalt dieser Klassenkämpfe in keinster Weise gerecht wird. Fortschrittsparadigmen wie diese gehören auf den Schutthaufen der Geschichte, reflektieren sie doch einen ›Gründungsfehler‹ des Marxismus. Marx' Kritik der politischen Ökonomie zielt schon von Anfang an auf eine bestimmte Entwicklung ab und nimmt vorweg, was erst Resultat eines blutigen und widersprüchlichen Prozesses von Kämpfen und deren Niederlagen ist. Die Integration der Arbeiterklasse in das Kapital, die Zerstörung aller vorkapitalistischen Formen von Subsistenz und Reproduktion sind schon vorausgesetzt. Auch unter Arbeiterklase versteht er in erster Linie die Klasse der Industriearbeiter. Er tut dies zu einer Zeit, da die reelle Subsumtion der Arbeit unter den Produktionsprozeß noch Zukunftsmusik ist, und in Deutschland die Industrialisierung erst den doppelt freien Lohnarbeiter schafft und den Zwang zur Arbeit verallgemeinert. Marx' Vorstellung einer sozialen Revolution ist untrennbar mit dem enstehenden Industrieproletariat verbunden. Ein Außerhalb des Kapitalverhältnisses existiert für ihn nicht mehr. Mittels dieser Verknüpfung wird die Revolution an einen bestimmten geschichtlichen Verlauf gebunden, der zur Notwendigkeit erhoben wird.[4]

Die soziale Revolution ist immer möglich oder sie ist es nie. Die Vorstellungen von Kommunismus sind jedoch immer an die konkrete historische Situation gebunden. Kommunismus im Jahre 1790 hätte nichts mit dem zu tun gehabt, was wir uns heute unter Kommunismus vorstellen. Was wir uns unter Kommunismus vorstellen, ist umgekehrt nicht in die Vergangenheit zurückprojezierbar. Aber als *„kategorischer Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes und ein verächtliches Wesen ist"* (Marx), ist er zeitlos.

T./Freiburg

---

[4]Siehe dazu Ahlrich Meyer: *Massenarmut und Existenzrecht*, in *Autonomie / Neue Folge* Nr. 14.

Kritik am Manifest gegen die Arbeit

Anfang des Sommers erschien das „Manifest gegen die Arbeit" der Gruppe KRISIS. Angesichts des allgegenwärtigen Gejammers nach mehr Arbeit, das immer mehr auch von Linken zu hören ist, ist ein Wiederaufleben der Debatte um den Kampf gegen die Arbeit zu begrüßen. Menschen, die ihre Stimme gegen den alltäglichen Zwang der Arbeit erheben, sind selten geworden. Wohl auch deshalb ist das Manifest viel beachtet und von vielen begeistert aufgenommen worden. Allerorten trifft man auf Leute, die das Manifest gelesen bzw. diskutiert haben.

Im Manifest entwickelt KRISIS entlang der These, die Arbeitsgesellschaft sei an ihr Ende gekommen, eine Kritik der Arbeit und ruft zur Bildung eines „Bündnisses gegen die Arbeit" auf, das alle Feinde der Arbeit einen soll. Ein solches „Bündnis gegen die Arbeit" wäre selbstverständlich bitter notwendig - gerade vor dem Hintergrund des wieder drastischer durchgesetzten Zwanges zur Arbeit, sei es im Namen von „New Labour" oder „Neuer Mitte". In diesem Zusammenhang wendet sich KRISIS ausdrücklich gegen jede Vorstellung eines staatlich (oder sonstwie) finanzierten Existenzgeldes, das nur die Fortsetzung der Arbeitsgesellschaft bedeuten kann. All das macht das Manifest sympathisch, und der Umstand, daß sich hier mal wieder jemand traut, ein Zukunftsprogramm zu entwerfen, macht einen guten Teil der Zustimmung aus, die dem Papier gerade von jungen Leuten entgegengebracht wird. Trotz der Zustimmung die wir einem „Manifest gegen die Arbeit" grundsätzlich entgegenbringen, und trotz der richtigen Punkte, die KRISIS macht, denken wir, daß das Papier sein Anliegen verfehlt und einer wirksamen und gesellschaftlichen Kritik der Arbeit mehr schadet als nützt.

Kurz zusammengefaßt argumentiert das Manifest folgendermaßen:

1. Unsere Gesellschaft wird von der Arbeit beherrscht; die Arbeit ist gewaltsam durchgesetzt worden und völlig vom sonstigen Leben abgetrennt;

2. die Entwicklung dieser Gesellschaft ist an ihrer absoluten Schranke angelangt; diese Entwicklung liegt in der Natur des Kapitals begründet und war logisch vorhersehbar;

3. die absolute Schranke der kapitalistischen Entwicklung wurde durch die mikroelektronische Revolution erreicht, die die Reichtumsproduktion von der Arbeit entkoppelt hat;

4. darauf reagiert das Kapital mit Paranoia, es simuliert die Arbeitsgesellschaft weiter und verwandelt die „Massenintegrationsgesellschaft" in eine Apartheidgesellschaft;

5. die Gegner der Arbeit müssen sich zu einem Bündnis gegen die Arbeit zusammenfinden, in „freien Assoziationen" die Mittel zur eigenen Reproduktion an sich reißen, sie in „Räten" verwalten; dazu braucht es die theoretische Kritik der Arbeit, die „geistige Freiräume" schafft, und das Undenkbare denkbar macht; gelingt dies nicht, droht das Ende der Zivilisation.

Diese Argumentationsweise ist nicht neu. Schon seit Jahren schreiben Robert Kurz und seine Genossen in diesem Tenor gegen den gesellschaftlichen Mainstream an. Insofern stellt das Manifest die Quintessenz der KRISIS-Theorie der letzten Jahre dar, in popularisierter Form für ein breites Publikum niedergeschrieben. Die Kritik des „Manifestes" soll entlang dieser fünf Punkte geführt werden.

I. Arbeitsgötze oder gesellschaftliches Handeln

„Ein Leichnam beherrscht die Gesellschaft - der Leichnam der Arbeit" [1] - so lauten die ersten Zeilen des Manifestes. In der Folge ist vom „Dienst am Arbeitsgötzen" o.ä.m. zu lesen. Das Bild, das KRISIS von der Arbeit malt, gibt der Arbeit eine eigene Subjektivität, sie unterwirft sich die Menschen, die sich ihr trotz allen Widerstandes beugen müssen. Die Arbeit, die sich unserer Gesellschaft bemächtigt hat, wird als „unselbständige, bedingungslose und beziehungslose, roboterhafte Tätigkeit" betrachtet, die vom übrigen sozialen Zusammenhang abgetrennt ist. Die Arbeit, die bei KRISIS als die massenhafte Anerkennung einer absurden Idee erscheint, sei mit Gewalt von oben durchgesetzt worden, um dem Geldhunger der absolutistischen Militärmaschinen Genüge zu tun. Das Denken, das sich hier offenbart, ist genau jenes, gegen das Marx in seiner „Deutschen Ideologie" [2] anschreibt. Die gesellschaftliche Entwicklung erscheint bei KRISIS wie bei den deutschen Philosophen, mit denen Marx sich auseinandersetzt, als ein Kampf der Ideen, gesellschaftliche Prozesse oder Verhältnisse werden verdinglicht und gewinnen eine eigene Subjektivität.

---

[1] Alle nicht näher bezeichneten Zitate stammen aus: Gruppe KRISIS; Manifest gegen die Arbeit; 1999

[2] Karl Marx, Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie; 1845; MEW Bd. 3

KRISIS betont vollkommen richtig, daß die Durchsetzung der Arbeit als Lohnarbeit weitgehend mit Blut und Eisen bewerkstelligt worden ist. Weil die Bedürfnisse und Hoffnungen der Proleten sich nicht mit immer mehr und immer härterer Arbeit verwirklichen ließen und lassen, gab und gibt es immer wieder offenen und versteckten Widerstand gegen die Arbeit. Deshalb war und ist die Durchsetzung der Arbeit ein umkämpftes Terrain. Aber nicht als Kampf der Ideen. Die von England ausgehende Durchsetzungsgeschichte der Arbeit als Lohnarbeit ist ein nach wie vor rätselhafter Prozeß, der sich losgelöst von den spezifischen englischen Klassenverhältnissen am Ende des Feudalismus nicht verstehen läßt. KRISIS meint, von Klassenverhältnissen abstrahierend, die Entwicklung des Kapitalismus aus sich selbst heraus erklären zu können, und muß an dieser Stelle die gewaltsame Durchsetzung einer Idee annehmen - einer Idee, die dazu dienen sollte, die Militärmaschinen der absolutistischen Staaten finanzierbar zu machen. So malt KRISIS den Kapitalismus von Anfang an als ein von den Herrschenden aufdiktiertes Zwangsverhältnis, das weder seine Entstehung, seine Entwicklung noch seinen Untergang einem sozialen Kampf verdankt, sondern sich in seiner eigenen Logik bewegt und untergeht, das den Klassenkampf allenfalls als *„Austragungsform gegensätzlicher Interessen auf dem gemeinsamen gesellschaftlichen Boden des warenproduzierenden Systems"* kennt.

II. Absolute Schranke oder zyklische Krise

Inzwischen ist man zumindest nicht mehr ganz allein mit der Behauptung, es gäbe eine tiefgehende Krise des Kapitals. Auch KRISIS behauptet diese heraufkommende und inzwischen manifest gewordene Krise seit Jahren. Aber wie schon bei vergangenen Krisen finden sich immer wieder Leute, die denken, die aktuelle müßte die finale Krise dieser Gesellschaft sein, gemäß seiner eigenen Logik könnte das Kapital die jeweils aktuelle Krise nicht überwinden. KRISIS nimmt das für die derzeitig anhaltende Krise an. *„... die von der Arbeit beherrschte Gesellschaft erlebt keine vorübergehende Krise, sie stößt an ihre absolute Schranke."* Diese absolute Schranke besteht nach KRISIS darin, daß es nicht mehr möglich sein wird, die Arbeitskraft zu verwerten, weil der Rationalisierungsprozeß derart beschleunigt ist, daß die Produktion nicht mehr ausreichend ausgedehnt werden kann, um die freigesetzte Arbeitskraft wieder in die Verwertung zu zwingen.

Die Endlichkeit des Kapitalismus als historisches System zu betonen ist wichtig und gut. In der Debatte um die Krisen des Kapitals waren es immer wieder die Revolutionäre, die die Geschichtlichkeit des Kapitals gegenüber jenen

betonten, die sich im Kapitalismus einzurichten versuchten und die danach trachteten, die kapitalistische Gesellschaft zu reformieren und dadurch freundlicher zu gestalten. Die Reformisten fragen sich im Angesicht der kapitalistischen Krise sofort, wie diese denn wohl am besten zu beheben sei. Auch davon hebt sich KRISIS positiv ab. Dennoch ist ihre Position problematisch. Weil sie uns nämlich vormacht, der Kapitalismus würde an sich selbst zugrunde gehe, ja wäre eigentlich schon längst 'tot', enthebt sie uns der Notwendigkeit, uns gegen ihn zu erheben. Wenn der Kapitalismus an sich selbst zugrunde geht, ist unser Platz nicht bei denen, die immer noch glauben, gegen ihn kämpfen zu müssen, sondern auf den Bahamas, wo sich prima abwarten läßt.

Unser Ansatz kann es also weder sein, die Krise des Kapitals zu bestreiten, wie es viele (auch Linke) mit Verweis auf die Situation in einzelnen Regionen, etwa den USA, oder auf die immensen Gewinne der Konzerne machen. Denn nicht allein die absoluten Beträge, sondern vor allem die Rate des Profites und mehr noch die Rate der Akkumulation, des Wachstums des Kapitals, sagt etwas über seinen Gesamtzustand aus. Noch ist es richtig, die enorme Anpassungsfähigkeit des Kapitals zu betonen und ihm ewiges Bestehen zu prophezeien, wie es ein großer Teil der reformistischen Linken in diesem Jahrhundert getan hat.

Aber auch den baldigen Zusammenbruch des Kapitals zu beschwören, der aus Gründen der Logik (!) unvermeidbar wäre, wie es KRISIS tut, hat nichts mit unseren Vorstellungen über gesellschaftliche Prozesse gemein. KRISIS stellt sich damit in die Tradition derer, die schon zu Anfang des Jahrhunderts ausrechneten, wie viele Jahre das kapitalistische System noch bestehen könnte (und die sich, wie wir heute wissen, phänomenal getäuscht haben). Was dem zugrunde liegt, ist eine Vorstellung von Gesellschaft, von Geschichte, die sich hinter den Rücken der Menschen abspielt (und zwar *ohne* daß sie sie selber machen). Wer das Ende des Kapitalismus aus mathematischen, logischen Kategorien ableitet, vergißt, daß es die Menschen sind, die ihre Geschichte machen, die sich in historisch konkreten Situationen verhalten und entscheiden müssen. Der Kapitalismus entwickelt sich weder als logisches System, noch kennt er Gesetze, die sich nicht aus dem Handeln der Menschen ergeben. Was sich als äußerer Zwang darstellt, was als objektive Gesetzmäßigkeit erscheint, ist der gesellschaftliche Zusammenhang, dessen Bewußtwerdung auch KRISIS schmerzlich vermissen. Wenn wir den Kapitalismus abschaffen wollen, müssen wir das selber tun. Aufs Kapital zu hoffen, auf daß es uns von sich selbst befreie, ist kontraproduktiv.

Ob die aktuelle Krise gleichzeitig die letzte Krise des kapitalistischen Systems sein wird, muß sich erst noch zeigen. Die Kriterien die KRISIS zur Bewertung heranzieht, sind nicht genügend. Weder sind die Arbeitslosenraten derzeit auf einem Maß, das uns in der Geschichte unbekannt wäre, noch können wir aus dem Verhältnis von *„Prozeß-Innovation"* und *„Produkt-Innovation"* [3] das allerletzte Zusammenbrechen der kapitalistischen Verwertungsmaschine ableiten. Tatsächlich ist seit Ende der 60er Jahre ein Stagnieren der Akkumulation des Kapitals zu beobachten. Die leuchtenden Beispiele, die uns von den Priestern des Kapitals immer wieder als richtungsweisend für die kapitalistische Entwicklung angepriesen wurden, die asiatischen Tigerstaaten, sind in den letzten Jahren schmerzhaft auf dem Boden der Tatsachen angekommen. Auch der Vormarsch des Kapitals in den sogenannten 'Transformationsstaaten' gestaltet sich alles andere als einfach. Der Zusammenbruch der russischen Ökonomie sowie die anhaltenden Kriege, sei es auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion oder in Jugoslawien, sind deutliche Symptome für die Schwierigkeiten, die das Kapital mit der 'Transformation' dieser Länder hat. Ob das Kapital sich aus dieser Krise noch einmal wird befreien können, entscheidet sich daran, ob sich die Bedürfnisse der Menschen noch einmal in Arbeit übersetzen lassen werden. Davon hat auch KRISIS eine Ahnung, sie betrachten diese Frage lediglich als bereits ausgemacht. Aber so wie der Boom der Nachkriegsära Kritikern wie Anhängern des Kapitals in den zwanziger Jahren unvorstellbar war, fehlt uns (und nicht nur uns) heute vielleicht nur die Idee, was für das Kapital noch möglich ist. Die Geschichte ist als offener Prozeß zu betrachten, ob und wie es dem Kapital gelingen kann, die Krise zu überwinden, hängt davon ab, ob sich neue Kämpfe gegen die herrschenden Verhältnisse entwickeln oder nicht, und welche Bedürfnisse sich in diesen Kämpfen Bahn brechen.

---

[3] "...Aber erstmals übersteigt das Tempo der Prozeß-Innovation das Tempo der Produkt-Innovation. Erstmals wird mehr Arbeit wegrationalisiert, als durch Ausdehnung der Märkte reabsorbiert werden kann..."; Manifest gegen die Arbeit

III. Das Ende der Arbeit

Daß dem Kapital die Tendenz innewohnt, ein gegebenes Maß an Gütern mit immer weniger Arbeit produzierbar zu machen, ist nicht ganz neu [4]. Diese Tendenz ermöglicht gerade das ungeheure Wachstum der Reichtumsproduktion. KRISIS macht aus dieser Tendenz einen vollzogenen Prozeß: *„...Die Reichtumsproduktion hat sich im Gefolge der mikroelektronischen Revolution immer weiter von der Anwendung menschlicher Arbeitskraft entkoppelt...“* Das aber ist grundsätzlich in Frage zu stellen. Generell kann die Reichtumsproduktion im Kapitalismus nicht von der Anwendung menschlicher Arbeitskraft entkoppelt werden, das ist einer der Widersprüche, in denen sich das Kapital bewegen muß: während es fortwährend versucht ist, die menschliche Arbeitskraft aus dem Produktionsprozeß zu entfernen, setzt es die Anwendung derselben zum einzigen Maßstab des Wertes. Genau das ist ja auch der Gedanke von KRISIS - weil die kapitalistische Entwicklung diese Entkopplung fabriziert habe, sei sie nun an ihrem logischen wie historischen Ende angelangt.

Aber genau diese Entkopplung ist nicht real. Wo heute kapitalistischer Reichtum produziert wird (was auf gar keinen Fall mit der Produktion *nützlicher* oder *wünschenswerter* Dinge zu verwechseln ist), wird menschliche Arbeitskraft in einem Maße angewandt, daß die solcherart Beglückten darunter oft genug zusammenbrechen. Und noch nicht einmal die Mikroelektronik hat die menschenleere Fabrik gebracht. Inwiefern die Mikroelektronik/Computertechnik überhaupt ein Produktivitätswachstum gebracht hat, ist durchaus ein interessanter Untersuchungsgegenstand. Es gibt Stimmen, die dem widersprechen. Was sich uns heute als „Dienstleistungsgesellschaft“ darstellt, ist genau die Umkehrung dieses Prozesses. Wo in der Produktion von Massenprodukten die direkte Anwendung menschlicher Arbeitskraft sinkt, steigt die eingesaugte Arbeitskraft zur Produktion anderer Güter, die ehemals oft nicht-kapitalistisch produziert wurden, an. Das wirkt dem Prozeß der steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals entgegen und ist in dieser oder anderer Form schon immer ein Hebel gewesen, freigesetzte Arbeitskraft wieder zu verwerten. Welche Möglichkeiten diese Entwicklung für das Kapital bieten kann, bleibt abzuwarten.

---

[4] Marx leitet aus diesem Umstand sein „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate“ ab, auf daß sich ein großer Teil marxistischer Krisentheorie stützt. Auch objektivistische Interpretationen dieses marxschen Gedankens sind in der Geschichte nicht selten gewesen. KRISIS stellt in diesem Sinne also nicht originäres vor.

Klar scheint indes zu sein, daß die Massenproduktion von Computern und Mobiltelefonen nicht den gleichen Effekt haben kann, wie ihn die Produktion von langlebigen Konsumprodukten, wie Autos oder Haushaltgeräten, nach dem Ende des zweiten Weltkrieges hatte. Ob z.B. die kapitalistische Produktion von Dienstleistungen eine neuen Zyklus der Kapitalakkumulation eröffnen kann, ist nicht ausgemacht.

Obwohl die Reichtumsproduktion im Kapitalismus nicht von der Arbeit entkoppelt werden kann, schafft der Kapitalimus die Möglichkeit, eine Gesellschaft aufzubauen, in der dies möglich ist - nicht dadurch, daß die kapitalistischen Produktionsstätten einfach übernommen werden, sondern dadurch, daß die Gesellschaftlichkeit der Produktion, die der Kapitalismus immer weiter vorantreibt, zum wesentlichen Produktionsfaktor wird. Zu behaupten, daß diese Gesellschaftlichkeit als 'Information' bereits heute zentraler Produktionsfaktor ist, entbehrt zumindest einer genauen Analyse. Zumindest müssten wir doch fragen, welche Information das denn sein soll. Weder existiert im Kapitalismus das Menschheitswissen als eine frei zugängliche Informationsquelle, noch ist das, was da an Informationen um den Erdball rast, in jedem Fall zu sinnvoller Produktion zu brauchen. Die einfache Kopierbarkeit von Information, die eben ein Computerprogramm grundsätzlich von einem Automobil unterscheidet, ist im Falle von 'Information als Produktionsfaktor' für eine vernünftige Gesellschaft oft genug ohne Belang. Oder was nützt die sekundenschnelle Verfügbarkeit der aktuellen Börsenkurse, der bargeldlose Einkauf und ähnlicher Unsinn mehr in einer Welt, in der es keine Aktien und kein Geld geben wird? Der Kapitalismus schafft nicht die Arbeit ab, in dem er die technische Möglichkeit produziert, CDs zu kopieren. Er schafft die Möglichkeit, gesellschaftlich zu produzieren, bewußt und kollektiv - aber es bedarf der Umwälzung der Verhältnisse und die Entscheidung darüber können nur die Produzenten selbst fällen.

IV. Soziale Apartheid oder arbeitsgesellschaftliche Normalität

*„Eine auf das irrationale Abstraktum Arbeit zentrierte Gesellschaft entwickelt zwangsläufig die Tendenz zur sozialen Apartheid, wenn der erfolgreiche Verkauf der Ware Arbeitskraft von der Regel zur Ausnahme wird. Alle Fraktionen des parteiübergreifenden Arbeits-Lagers haben diese Logik längst klammheimlich akzeptiert und helfen selber kräftig nach. Sie streiten nicht mehr darüber, **ob** immer größere Teile der Bevölkerung an den Rand gedrängt und von jeder gesellschaftlichen Teilhabe*

ausgeschlossen werden, sondern nur noch darüber, wie diese Selektion durchgepeitscht werden soll"

Nach KRISIS' Auffassung wandelt sich die Gesellschaft von einer 'Massenintegrationsgesellschaft' zu einer Gesellschaft der sozialen Apartheid. Diese 'Apartheid' ergebe sich sowohl aus den neoliberalen Politikansätzen wie auch aus deren Widerpart, der 'neo-sozialstaatlichen' Politik. Während das Resultat des Neoliberalismus die weitere Fragmentierung der Gesellschaft in *„Globalisierungsgewinnler"* und *„Humanmüll"* ist, äußert sich die Apartheid der Sozialstaaten als Nationalismus und Rassismus. Beide Feststellungen sind richtig und falsch zugleich. Richtig an ihnen ist die Betonung der Fragmentierung bzw. des rassistischen Charakters der Sozialstaaten. Falsch ist es, diese als neu hinzustellen. KRISIS konstruiert sich eine 'Massenintegrationsgesellschaft', von der ausgehend die Tendenz zur sozialen Apartheid betont werden soll. Nur hat diese 'Massenintegration' so nie existiert. Das, was uns nicht nur von KRISIS hin und wieder als 'Massenintegration' illustriert wird, also die gesicherte Beschäftigung zu irgendwie auszuhaltenden Bedingungen mit garantiertem Jahresurlaub und sicherer Rente hat immer nur für einen kleinen Teil des Proletariats gegolten. Ausgenommen waren davon seit jeher zu großen Teilen Frauen, Jugendliche und Ausländer. Gerade die Feststellung der verschiedenen Bedingungen unter denen einzelne Segmente des Proletariats leben und arbeiten, brachte die Operaisten der 60er und 70er Jahre dazu, von einer 'Klassenzusammensetzung' zu reden, die es zu analysieren gelte und von der ausgehend sich eine soziale Revolte verstehen lassen müsse. Die Fragmentierung, die KRISIS zum Resultat des Neoliberalismus erklärt, ist ebensowenig neu, wie die Feststellung, daß die Konstruktion des Sozialstaates rassistisch wäre. Diese 'Apartheid' ist so alt wie der Kapitalismus selbst.

Die Proletarisierungsprozesse, die sich in den letzten Jahrzehnten in weiten Teilen der Welt abgespielt haben, und die von KRISIS als eine Produktion von *„Humanmüll"* verstanden werden, waren z.B. in Südostasien der Motor für die Entstehung moderner Industriezentren. Die Spaltung in *„grinsende Globalisierungsgewinnler"* und *„Schattenmenschen"*, *„demokratische Sklaven der Dienstleistungsgesellschaft"* existiert nur als die Spannbreite der weltweiten kapitalistischen Produktion. Was bei KRISIS als für das Kapital unwesentliche Produktion erscheint, ist in Wahrheit harte Knochenarbeit für Hunderttausende und für das Kapital keineswegs ohne Belang. Während KRISIS so tut, als ob in einer Schwitzbude nur deshalb kein Wert geschaffen werde, weil die

Produktivität des einzelnen Arbeiters gering ist, ist das Gegenteil der Fall. Das Wachstum von Produktion mit niedrigem Einsatz von konstantem Kapital, also Maschinen und Material, ist nicht einfach nur die Kehrseite der technologischen Entwicklung, ist nicht nur der Versuch, die überflüssig gewordenen Arbeitskräfte irgendwie zu beschäftigen, sondern sie stellt eine Tendenz dar, mit der das Kapital den Prozeß der steigenden organischen Zusammensetzung bremsen oder zeitweise umkehren kann. Hier wird die Produktion erneut an die Verausgabung menschlicher Arbeitskraft gebunden und damit die Produktion von Mehrwert gesichert.

Die Zwangsarbeitsprogramme, wie sie das 'neo-sozialsstaatliche' Lager fährt, sind für KRISIS *„Simulation der Arbeitsgesellschaft": „Der Staat soll doch noch einmal richten, wozu der Markt nicht mehr in der Lage ist. Die vermeintliche arbeitsgesellschaftliche Normalität soll durch 'Beschäftigungsprogramme', kommunale Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger, Standortsubventionen, Verschuldung und andere politische Maßnahmen weitersimuliert werden."* Welche Funktion solche Programme für den ersten, den 'richtigen' Arbeitsmarkt haben, ist im Zirkular bereits beschrieben worden.[5] Neben der Tatsache, daß es bei solchen Programmen darum geht, 'Arbeitslosenkulturen' zu zerstören, und damit auch denen, die arbeiten (müssen), klar zu machen, daß es kein Leben ohne Arbeit gibt, sind diese Programme mittlerweile verstärkt darauf ausgerichtet, Leute in einen Job auf dem ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. Hier wird arbeitsgesellschaftliche Normalität nicht simuliert, sondern praktiziert.

V. Avantgarde oder kommunistische Bewegung

Eine ernsthafte Kritik der Arbeit existiert für KRISIS bisher nicht. Und zwar weder als Klassenkampf - *„Der soziale Gegensatz von Kapital und Arbeit ist aber bloß der Gegensatz unterschiedlicher (wenn auch unterschiedlich mächtiger) Interessen* ***innerhalb*** *des kapitalistischen Selbstzwecks. Der Klassenkampf war bloß die Austragungsform dieser gegensätzlichen Interessen auf dem gemeinsamen gesellschaftlichen Boden des warenproduzierenden Systems. Er gehörte der inneren Bewegungsdynamik der Kapitalverwertung an."* - noch als subjektive Verweigerung - *„Was, wofür und mit welchen Folgen produziert wird, ist dem Verkäufer der Ware Arbeitskraft letzten Endes genauso herzlich egal wie dem Käufer. Die Arbeiter der*

---

[5] z.B. Stadtluft macht Arbeit - Kommunaler Arbeitszwang als Baustein des Niedriglohnsektors; wildcat-Zirkular 46/47

Atomkraftwerke und der Chemiefabriken protestieren am lautesten, wenn ihre tickenden Zeitbomben entschärft werden sollen. Und die Beschäftigten von Volkswagen, Ford oder Toyota sind die fanatischsten Anhänger des automobilen Selbstmordprogramms. Nicht etwa bloß deswegen, weil sie sich gezwungenermaßen verkaufen müssen, um überhaupt leben zu 'dürfen', sondern weil sie sich tatsächlich mit diesem bornierten Dasein identifizieren."

KRISIS offenbart hier nur, was die Autoren des „Manifestes" selbst für Klassenkampf halten: nämlich die Arbeiterbewegung, sei es als Gewerkschaft, Sozialdemokratie oder kommunistische Partei. In diesem Sinne haben sie natürlich Recht: dieser 'Kampf' war immer nur Teil der inneren Bewegungsdynamik des Kapitals. Er war die erstarrte Form, in der all jene, die sich darin übertrafen, die bürgerliche Gesellschaft besser organisieren zu wollen (von Lenin bis zu Keynes), den untergründigen, subversiven Klassenkampf zu kanalisieren versuchten. Daß dieser 'Kampf' nicht nur angesichts linker Mehrheiten in den Parlamenten in die Krise geraten ist, ist nicht zu bedauern.

KRISIS geht im „Manifest" noch hinter Lenin zurück, der dem Proletariat bescheinigte, es könne nur 'trade-unionistisches Bewußtsein' erlangen. Mit Verachtung spricht KRISIS von den *„Zombies der Warenproduktion"*. Obwohl die subversive Macht des Klassenkampfes im „Manifest" bestritten wird, schimmert sie doch immer wieder durch. In ihrer Durchsetzungsgeschichte der Arbeit macht KRISIS etwa die Luditenbewegung oder die schlesischen Weber zu leuchtenden Beispielen des Kampfes gegen die Arbeit. Und auch heute noch, stellt KRISIS fest, gibt es Widerstand gegen die Arbeit: *„Trotz ihrer absoluten Vorherrschaft ist es der Arbeit nie gelungen, den Widerwillen gegen die von ihr gesetzten Zwänge ganz auszulöschen. Neben allen regressiven Fundamentalismen und allem Konkurrenzwahn der sozialen Selektion gibt es auch ein Protest- und Widerstandspotential."* Ihre Ableitung des Staates schließt *„Repressionsapparate für den Fall, daß das Menschenmaterial einmal systemwidrig unbotmäßig werden sollte"* ausdrücklich ein und erkennt so die potentielle Subversivität dieses *„Menschenmaterials"* an. Offensichtlich haben die Herrschenden sehr wohl ein Verständnis davon, daß es Widerstände gibt, gegen die der staatliche Repressionsapparat aufzufahren ist. Dieses *„massenhaft vorhandene Unbehagen im Kapitalismus"* existiert zwar, kommt den Massen aber nicht zu Bewußtsein, meint KRISIS. Es ist in den *„soziopsychischen Untergrund"* gedrängt - ein Fall für den Psychiater?

Das Problem der Bewußtwerdung der Massen löst KRISIS klassisch: *„Deshalb bedarf es eines neuen geistigen Freiraumes, damit das Undenkbare denkbar gemacht werden kann. Das Weltdeutungsmonopol des Arbeits-Lagers ist aufzubrechen. Der theoretischen Kritik der Arbeit kommt dabei die Rolle des Katalysators zu.*" Hier findet sich die leninistische Partei wieder, die den Massen das Bewußtsein bringt, zu dem sie allein nie finden können. Hier finden die Intellektuellen einen Platz, die angesichts fehlender massenhafter *praktischer* Kritik der Arbeit meinen, es fehle an *theoretischer* Kritik. Besonders in Zeiten ausbleibender Kämpfe erlangt die Vorstellung Verbreitung, es ginge darum, die richtigen Ideen in die Köpfe zu pflanzen, statt den Kommunismus in der vor unseren Augen ablaufenden Bewegung zu suchen. Die Ursache dafür ist in der Art und Weise zu suchen, wie sich KRISIS gesellschaftliche Entwicklungen vorstellt. Das Kapital existiert für KRISIS als reines Zwangsverhältnis, das sich nur aus sich selbst heraus entwickelt. Klassenkämpfe gegen das Kapital existieren entweder gar nicht, oder aber sind zumindest so marginal, daß sie nicht weiter ins Gewicht fallen. Das Kapital entwickelt sich nur durch Konkurrenz der Einzelkapitale, die die Mutter des technischen Fortschrittes ist, der letzten Endes die Wertproduktion in den Abgrund gerissen habe. Weil der gesellschaftliche Prozeß für KRISIS kein Prozeß gesellschaftlicher Kämpfe ist, weil es nicht die Bedürfnisse der Menschen sind, die die kapitalistische Entwicklung vorwärtstreiben, sondern das Kapital sich an sich selbst entwickelt und in die Krise kommt, deshalb kann KRISIS auch in dieser gesellschaftlichen Bewegung keine kommunistische Tendenz sehen, die den derzeitigen Zustand aufhebt. Sie sehen im Elend nur das Elend, ohne die revolutionäre umstürzende Seite darin zu erblicken. Weil ihnen das Subjekt ihrer Hoffnungen abhanden gekommen ist, verleugnen sie es und begeben sich auf die ideelle Ebene, der Erkämpfung „geistiger Freiräume" zur Therapie soziopsychischer Probleme.

Weil Krisis die kommunistische Tendenz in Klassenkämpfen nicht suchen mag, versteigen sie sich zu einem Vorschlag für den Kommunismus: zuerst *„Gegenöffentlichkeit"*, *„soziale Bewegungen"* und *„Bündnis gegen die Arbeit"* dann *„Aneignung"*, *„Räte"* und *„freie Assoziationen"*. Daß Krisis hier das Verhältnis von *„Gegenöffentlichkeit"* und *„sozialer Bewegung"* verkehrt herum denkt, ergibt sich nur aus ihrem ganzen idealistischen Gedankengebäude. Sollten nicht gerade die Erfahrungen der letzten 10 Jahre, in denen die radikale Linke 'Gegenöffentlichkeit' schon fast zum Selbstzweck erhoben hatte, lehren, daß in Zeiten fehlender Klassenkämpfe auch eine 'Gegenöffentlichkeit' kaum noch etwas bewegt

und schon gar nicht *„soziale Bewegungen"* initiiert. Aus der kopflastigen Herangehensweise ergibt sich auch, daß sich die Vorstellungen über den Kommunismus lesen wie ein Sammelsurium linksradikaler Ideen der letzten hundert Jahre. Wenn sich die Struktur einer neuen Gesellschaft nicht aus den gesellschaftlichen Bewegungen lesen läßt, bleibt den Theoretikern eben nichts, als das schon Gesagte neu aufzukochen. Zum Trost Karl Marx: *„Aber in dem Maße wie die Geschichte voranschreitet und mit ihr der Kampf des Proletariats sich deutlicher abzeichnet, haben sie (die Theoretiker) es nicht mehr nötig, die Wissenschaft in ihrem Kopfe zu suchen; sie haben nur Rechenschaft abzulegen von dem, was sich vor ihren Augen abspielt..."* [6]

Aber auch das macht den Erfolg des „Manifestes" aus: diese Art von *Meinungsphilosophie* läßt alles offen. Jeder kann sich die Ablehnung der Arbeit zu eigen machen, ohne daraus etwas für sein Handeln schlußfolgern zu müssen. Was sich anfangs wie eine Verhöhnung der Managerriege des Kapitals las, bekommt so eine ganz andere Wendung. Deine konkrete materielle Situation hat keinen Einfluß darauf, auf welcher Seite der Barrikade du dich wiederfindest. In bester anarchistischer Manier gelingt es Krisis, die Entscheidung für oder gegen die Arbeit zur individuellen Privatsache zu erklären: *„Ausgangspunkt kann kein neues abstrakt-allgemeines Prinzip sein, sondern nur der Ekel vor dem eigenen Dasein als Arbeits- und Konkurrenzsubjekt..."* - geradeso als ob es das gleiche wäre, ob sich Jan Phillip Reemtsma gegen die Arbeit entscheidet oder die Belegschaft der örtlichen Chemiefabrik. Da das Kapital die Menschen schon von der Notwendigkeit befreit hat, die Revolution zu machen, können sich der von Krisis formulierten Kritik der Arbeit viele anschließen, von den glücklichen Arbeitslosen, die ihre individuelle Arbeitsverweigerung in den enger werdenden gesellschaftlichen Nischen praktizieren, über die kritischen Gewerkschafter bis hin zum jungen Unternehmer, der seine 'studentischen Hilfskräfte' für 10 Mark schrubben läßt, und der der Arbeit ganz sicher kritisch gegenübersteht. Deshalb ist ein 'Bündnis gegen die Arbeit' das sich hinter dem „Manifest" zusammenfindet, nicht unser 'Bündnis gegen die Arbeit'. Eine Kritik der Arbeit, die sich nicht *praktisch* verwirklicht, bleibt zahnlos und ohne Belang.

H., Leipzig

---

[6] Karl Marx; Das Elend der Philosophie; MEW Bd. 4

„Ein wackrer Mann bildete sich einmal ein, die Menschen ertränken nur im Wasser, weil sie vom Gedanken der Schwere besessen wären. Schlügen sie sich diese Vorstellung aus dem Kopfe, etwa indem sie dieselbe für eine abergläubige, für eine religiöse Vorstellung erklärten, so seien sie über alle Wassersgefahr erhaben. Sein Leben lang bekämpfte er die Illusion der Schwere, von deren schädlichen Folgen jede Statistik ihm neue und zahlreiche Beweise lieferte. Der wackre Mann war der Typus der neuen deutschen revolutionären Philosophen."

Karl Marx, Friedrich Engels; Die deutsche Ideologie

Inhalt

Osttimor

Krise und Klassenkampf in Thailand

Gewerkschaft und Zeitarbeit

Kritik an Zirkularbeilage

Kritik am *Manifest gegen die Arbeit*